4. Jahrgang. Nr. 8. Einzelnummer 50 Pf.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 50 Pf. Durch Austräger 2.20 Mk. pro Woche, 9.— Mk. pro Monat. Durch die Post 9.— Mk. pro Monat.
Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5—6 Uhr.
Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau.
Postscheckkonto Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 6337.

Dienstag, 10. Januar 1922

Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 Mk., auswärts 0.90 Mk., Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3gespalten oder deren Raum im Text 3.— Mk.

Warum schwieg der ADGB. zum Kampf der Eisenbahner?

O. G. Das an die Reichsregierung gerichtete Schreiben vom 3. Dezember 1921 enthielt neue Lohn- und Gehaltsforderungen für allein etwa 425 000 freigewerkschaftlich organisierte Eisenbahner. Hinzu kommen noch die Hunderttausende von Staatsarbeitern, Angestellten und Beamten, die in anderen freigewerkschaftlichen Verbänden und dem Afa-Bund organisiert sind. So daß, roh gerechnet, 1 Million Freigewerkschafter hinter diesen Forderungen standen, die durch das Antwortschreiben des Finanzministers Hermes betroffen wurden. Dies brüske Antwortschreiben, die Meldung der „Tel-Union" von der Entlassung von vorläufig 20 000 Arbeitern und der einstimmig gefaßte Beschluß des Reichskabinetts, daß keine Vorschuß-Summen gezahlt werden, waren klatschende Schläge für alle Staatsarbeiter und Beamte.

Der ADGB. blieb still, hielt still! Die Eisenbahner setzten sich zur Wehr! Der ADGB. blieb teilnahmslos. Er solidarisierte sich nicht mit den Arbeitern und Beamten, seinen Organisationszugehörigen und letzten Endes Mandatgebern, sondern — mit seinen Parteifreunden in der Regierung, die ein Herz und eine Seele mit den Klassengegnern des Proletariats, mit Hermes, Groener und Genossen sind. Die Maßnahmen, die die Regierung in den bestreikten Direktionsbezirken anwandte, das Einsetzen von Schupo und „Technischer Nothilfe", bewiesen, daß es sich um einen Machtkampf für die Regierung handelte. „Ein Sieg der Regierung aber, die mit allen Mitteln der Staatsautorität ihre Macht zur Geltung bringt, bedeutet eine Niederknüppelung der Arbeiter und ihrer Organisationen, deren traurige Folgen viele Jahre lang fühlbar bleiben müßten." Dem ADGB. ging die Erkenntnis ab, die in der „Vorwärts"-Nummer vom 1. Januar zum Ausdruck kam. Er machte sich eher den Satz desselben „Vorwärts"-Artikelschreibers, wenige Zeilen vorher, zu eigen, der da besagte: „Auf der andern Seite muß aber auch mit der größten Bestimmtheit gesagt werden, daß die Pflicht, von öffentlichen Betrieben nach Möglichkeit jede Störung fernzuhalten, nicht nur für ihre Leiter gilt, sondern für alle Beteiligten". Ja, der ADGB. hat sich sogar durch sein Schweigen auf die Seite des Kabinetts gestellt — gegen die Eisenbahner. Damit ist praktisch die Koalitionspolitik des ADGB. mit Stinnes festgelegt.

Dem einfältigen Eisenbahner war klar und wird von Tag zu Tag klarer, daß diese Teilkämpfe, die die Eisenbahner gegen die Regierung führten, nur Vorpostengefechte sind. Bei allen Eisenbahnern dämmert die Erkenntnis, daß sie als Eisenbahner das Versuchskaninchen für die restlose Beseitigung des Achtstundentages, für ein weiteres Herunterdrücken des Reallohnes sein sollen. Das, was die Arbeiter und Beamten dumpf fühlen, ist doch dem ADGB. hinreichend bekannt. Er kennt das Eisenbahn-Arbeitszeit-Gesetz. Er kennt das Eisenbahn-Finanz-Gesetz. Und er weiß, daß beide Gesetze Fesseln für die Eisenbahner darstellen und Vorarbeiten sind für die Knebelung des gesamten Proletariats.

Beide Gesetze sollen in die Wirklichkeit umgesetzt werden, angeblich, um der Wirtschaftlichkeit des Betriebes willen. Diese Wirtschaftlichkeit soll erreicht werden durch Entlassung von überflüssigen Arbeitskräften. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung" Nr. 1 dieses Jahres, schreibt schon, daß „mehr als eine Million Beamte und Arbeiter jetzt bei der Eisenbahn tätig sind, so daß von ihnen mindestens 400 000 zu viel vorhanden sind". Anscheinend trägt dieser gewaltigen Reduzierung des Personals schon das Eisenbahn-Arbeitszeit-Gesetz Rechnung. Denn das Kernstück desselben ist der Absatz 2 des § 11, welcher besagt:

„Die Höchstdauer der Dienstschicht, die nach der tatsächlichen Beanspruchung des Personals zu bemessen ist, wird für die einzelnen Dienstzweige und Personalgruppen durch die Ausführungsvorschriften festgesetzt, doch darf keine planmäßige Dienstschicht mehr als 15 Stunden betragen."

Das ist also schon fast die Verdoppelung des achtstündigen Arbeitstages. Jedoch er kommt schon schöner, denn der § 12 sagt in seinem Absatz 1:

„Dienstschichten, die mit mehr als einer Stunde in die Zeit von 12 bis 4 Uhr nachts fallen, dürfen nicht mehr als siebenmal hintereinander zugeteilt werden."

Wenn wir beide §§ 11 und 12 zusammennehmen, so ist eigentlich noch nicht klar, wie lange denn die Arbeitszeit der Eisenbahner ausgedehnt werden kann. Das Empfinden hatte auch der Gesetzgeber und deshalb hat er im § 13, 3 Absätze den Ruhezeiten gewidmet. Und wie lange dürfen nun die Ruhezeiten sein? Der Absatz 2 sagt:

„Inwieweit kürzere Zeiten, jedoch nicht unter 5 Stunden, als Ruhezeiten festgelegt werden können, bestimmen die Ausführungsvorschriften."

Also ganz vulgär, jedem Arbeiter und Beamten verständlich, heißt das: da 5 Stunden Ruhezeit garantiert sind (gesetzlich!!) bleiben übrig

19 Stunden Arbeitszeit.

Wie sozial denkt doch die Regierung! Wie menschenfreundlich ist doch das Gesetz!

Als damals in Goslar von den Ministerialräten der Eisenbahnverwaltung der Begriff „durchgehende und geteilte Arbeitszeit" festgelegt wurde, wurde nachher eine Teilung der Arbeitszeit aus „Gesundheitsrücksichten" lassen jetzt wohl das Reichsverkehrsministerium leiten, dieses famose Eisenbahn-Arbeitszeit-Gesetz vom Reichstage zugehen zu lassen.

In der 14. Tagung des Ausschusses des ADGB. (13. bis 17. Dezember) erstattete Umbreit über das Arbeitszeit-Gesetz ein ausführliches Referat. Nachher wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, die in ihrem Absatz 2 sagt:

„Der Bundesausschuß muß gegen eine solche Gestaltung des Arbeitsrechts Verwahrung einlegen. Er fordert die Gewerkschaftsvertreter im Vorläufigen Wirtschaftsrat und die Arbeitervertreter im Reichstage auf, dafür zu sorgen, daß den deutschen Arbeitnehmern ihr gesetzlicher Achtstundentag ungeschmälert erhalten bleibt."

Unseres Erachtens darf sich der ADGB. nicht begnügen, vom Parlament den Widerstand gegen diese Knebelungsgesetze zu fordern, sondern er muß die Million seiner organisierten Mitglieder zum Kampfe gegen die soziale Entrechtung aufrufen und er ist um so mehr dazu verpflichtet, weil er durch seine 10 Punkte, die am 16. November veröffentlicht wurden, Forderungen aufgestellt hat, die er als Mindestprogramm bezeichnet und für die er alle organisierten Arbeiter und Angestellten einzutreten auffordert. Und wenn er bei der Begründung dieser Forderungen den Satz aufstellt:

„Unter unbedingter Ablehnung aller Versuche einer Ueberführung der Eisenbahn oder anderer Reichsbetriebe in Privatbesitz wird vorgeschlagen, die im Besitz des Reiches befindlichen wirtschaftlichen Unternehmungen von ihrer heutigen bureaukratischen Bevormundung zu befreien und durch Sozialisierung wirtschaftlich zu gestalten"

so zeigt er heute durch sein Verhalten gegenüber dem Kampf der Eisenbahner, daß es ihm bei der Aufstellung dieser 10 Punkte ebensowenig ernst mit der Verwirklichung war, wie mit den übrigen aufgestellten Punkten. Denn die alten Gewerkschaftsstrategen müssen doch erkennen, daß durch die ablehnende Stellung des Reichskabinetts wirklich nicht die ersten Schritte zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues, als eine der Notwendigkeiten für die Neuordnung der Verkehrsunternehmungen mit dem Ziele, sie in kürzester Frist wirtschaftlicher zu gestalten (Punkt 3 der 10 Punkte des ADGB.) getan werden. Der ADGB. verlangt, daß gegen die Ausbeutung der Reichseisenbahnen durch privatkapitalistische Lieferanten im Eisenbahn-Finanz-Gesetz Sicherungen vorgesehen werden müssen. Aber gegen die Ausbeutung der Eisenbahner durch Verlängerung der Arbeitszeit, gegen die Nichterfüllung der berechtigten Forderungen der Staatsarbeiter und -beamten hat der ADGB. nicht den Mut, aufzustehen, sich an die Seite der kämpfenden Eisenbahner zu stellen und Aufklärung über die wahren Absichten der Regierung bei ihrem Verhalten gegenüber den Eisenbahnern allen Arbeitern zu geben. Warum nicht?

Wenn der ADGB. im letzten seiner 10 Punkte fordert: Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole, so zeigt ihm diese Regierung, daß die Linie der Regierungspolitik umgekehrt geht. Ein Beweis dafür ist das Reichseisenbahn-Finanz-Gesetz, das schon durch die Zusammensetzung des Verwaltungsrates die privatkapitalistischen Kreise zu den Kontrollorganen der Reichsbahn verlangt. Und welche Rechte und Befugnisse diesem Verwaltungsrat zustehen, besagt der § 4, der „die Genehmigung zur Aufnahme von Anleihen, die Aenderung der Sätze der ordentlichen Klassen, des Personen-, Gepäck-, Güter- und Tiertarifs und die Genehmigung wichtiger Aenderungen des Lohntarifs der Arbeiter und Angestellten" gibt. Also auch hier leistet die heutige Regierung schon mit Unterstützung der mehrheitssozialistischen Minister, mit Unterstützung des ADGB. hilfreichst Vorarbeit. Sie leisten weiterhin Vorarbeit für die privaten Unternehmer, denen die Eisenbahn durch das Finanz-Gesetz ausgeliefert wird, wenn sie zugeben, daß der § 26 „eine abweichende Regelung der Rechtsverhältnisse der Beamten" zuläßt.

In seinen 10 Punkten fordert der ADGB.: Sozialisierung des Kohlenbergbaues und Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole. Im Eisenbahn-Finanz-Gesetz wird die Reichsbahn ausgeliefert an die Kohlenbarone und Hüttenmagnaten, wird sie zu einem gewaltigen Machtinstrument in den Händen des Privatkapitals, werden die Eisenbahner, gleichgültig, ob Beamter oder Arbeiter, zu Hunderttausenden der Arbeitslosigkeit, der Verelendung preisgegeben. Das Gegenteil von dem, was der ADGB. durch seine 10 Punkte angeblich bezwecken will, wird Wirklichkeit. Warum das?

Weil der ADGB. an die Arbeitsgemeinschaft, die in den Novembertagen 1918 gebildet wurde, ausgerechnet unter der Führung seines heutigen 1. Vorsitzenden Leipart, gefesselt ist. Weil der ADGB. noch heute des Glaubens ist, wie einst der „Vorwärts" schrieb, daß die Arbeiterschaft dankbar aufblicken wird zu Stinnes, als dem Wegbereiter des Sozialismus! Weil der ADGB. und die mehrheitssozialistischen Minister in der Regierung noch heute des Glaubens sind, daß im Bunde mit Stinnes die wirtschaftliche und soziale Lage des deutschen Proletariats gebessert werden kann! Weil der ADGB. noch heute des Glaubens ist, die Kapitalisten würden sich gutwillig fügen, würden ruhig auf ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung verzichten.

Die Eisenbahner, Beamten und Arbeiter sowie das Gesamtproletariat erkennen immer klarer, daß die kapitalistische Gesellschaft lieber die ganze deutsche Republik in einen Trümmerhaufen verwandelt, ehe sie die Lohnsklaverei preisgibt. Die Arbeiter erkennen immer mehr, daß nur im rücksichtslosesten Kampf die Macht der Kapitalistenclique gebrochen werden kann. Sie erkennen die unmittelbar drohende Gefahr. Die Eisenbahner haben noch einmal ihre Führer gerufen, sich an die Spitze der Kämpfer zu stellen. Bis zu einem gewissen Grade folgten die Führer des ADGB.! Die Führer im ADGB. dagegen stellen sich blind und taub! Das Proletariat wird seinen Weg zum Kampfe gegen die bürgerliche Gesellschaft gehen, um seiner Existenz willen gehen müssen, wenn nicht mit, dann gegen seine Führer.

Erschütternder Notruf der politischen Gefangenen aus dem Gefängnis Brieg.

Aus dem Gerichtsgefängnis Brieg erreicht uns ein Schreiben der dortigen inhaftierten politischen Gefangenen folgenden Wortlautes:

„Unsere Not veranlaßt uns, uns an das Proletariat aller Parteirichtungen zu wenden, das uns allein helfen kann, wenn es nur will. Nachdem die uns Inhaftierten von der Klassenjustiz zudiktierte Zuchthausstrafe durch Urteilsprüfung in Gefängnisstrafe umgewandelt wurde, ist unser Los nur noch unerträglicher geworden. Das Essen, das es in der Strafanstalt (Zuchthaus) Brieg gab, war noch Gold gegen das, was wir hier bekommen. Essen kann man dieses Schweinefutter wirklich nicht mehr nennen. Die in Schlesien eingebürgerten Kastanien- und Bohnenmehlsuppen stinken weit gegen den Wind, die Gersten- und Hafermehlsuppen sind so bitter, daß man schon bei den ersten zwei bis drei Löffel genug hat. Das Mittagessen ist einmal versalzen, einmal verpfeffert, scharf aber jedesmal. Einen anderen, wie ranzigen Geschmack findet man nicht heraus. Durch das Wasser, das man auf das scharfe Essen trinken muß, wird man blasenleidend. Jedenfalls hat uns die Reaktion in einem Jahre dahin, wohin sie uns haben will. Wir werden wohl das Gefängnis als willenlose, kranke, gebrechliche Menschen oder als Leichen verlassen. Beschwert man sich, so heißt es: „Da hätten Sie erst 1917 oder 1918 hier sein müssen. Das jetzige Essen ist ein weit besseres." Auch bleibt sehr viel an der Behandlung zu wünschen übrig, denn die Redensarten: „Da hau ich Dich in die Fresse", müssen wegfallen von den Beamten der Republik. Sonntags ist das Kirchengehen die Hauptsache. Ob man da seine halbe Freistunde hat oder nicht, das ist den Herren gleich. Wie wandelnde Leichen laufen die Gefangenen schon jetzt in der Freistunde herum. Sie haben täglich nur eine Stunde Freistunde abzuhalten, aber auch dies ist den Herren noch zuviel. Regnet es etwas, wird keine Freistunde abgehalten. Diese Uebelstände müssen wegfallen. Darum Genossen, seht ein bißchen heller und fordert die Herausgabe aller politisch inhaftierter und drangsalierter Genossen aus den Strafanstalten und Gefängnissen. Man überliefert uns hier einem langsamen Tode.

Mit kommunistischem Gruß

Die politisch Inhaftierten im Gefängnis zu Brieg."

Man muß dieser Behandlung der gefangenen Arbeiter immer wieder entgegenhalten jene Behandlung, wie sie einem Traugott von Jagow, dem bisher **einzigen** Verurteilten der Kappverbrecher zuteil wird.

Als Jagow seine Strafe antreten sollte, erbat und erhielt er noch einen Urlaub von einiger Zeit. Und kaum hat er nun seinen ehrenvollen Einzug gehalten in die eigens zu dem Zweck von dem dortigen Gefängnisdirektor ausgeschmückten und picksein gesäuberte Festung Gollnow, da gehen schon wieder Meldungen durch die Presse von seiner „**Beurlaubung**". 500000 Mk. Kaution soll die Sache kosten! Wir zweifeln nicht, daß die kaiserlichen Junker und deutschnationalen Großagrarier diese horrende Summe spielend leicht aufbringen werden, verdienen sie ja heute an ihrem Kartoffelwucher und ähnlichen Dingen Millionen.

So behandelt man Rechtsputschisten in der freien Ebert-Republik, der ein sozialdemokratischer Reichspräsident und ein sozialdemokratischer Reichsjustizminister vorsteht.

Und hier das Gegenstück: Gefangene Arbeiter werden seelisch und körperlich gequält. Des Sonntags zwingt man sie zu einem infamen Heuchlerwerk, zum Kirchgang, wahrscheinlich, um dem „lieben Gott" zu danken für alle die Gnade in der „freiesten Republik der Welt." An allen übrigen Tagen füttert man sie, wie es bei Schweinen zu geschehen pflegt, mit stinkenden Kastanien- und Bohnenmehlsuppen und mit bitteren Gersten- und Hafermehlsuppen. Dazu betrügt man sie noch obendrein um die einzige Freistunde am Tage, ganz abgesehen davon, daß diese eine Stunde nicht genügt, um den gemarterten Körper und Geist der politischen Gefangenen zu erholen. Und zu alledem bietet man den ehrlichen revolutionären Kämpfern auch noch Prügel an.

Wer auch immer nur einen Funken proletarischen Ehrgefühls, einen Funken Klassenbewußtsein im Leibe hat, sei er S. P. D., U. S. P. oder K. P. D.-Arbeiter, sollte nicht ruhen und rasten, bis diese Schmach, daß Kappverbrecher mit Glacehandschuhen angefaßt, revolutionäre Arbeiter aber in jeder Weise gequält werden, restlos getilgt wird.

Es gibt nur eine Parole für jeden Proletarier:

Heraus mit allen politischen Gefangenen!

Politische Übersicht.

Ein Erfolg Sowjetrußlands.

Wir wiesen schon wiederholt darauf hin, daß im Vordergrund der Verhandlungen in Cannes nicht Deutschland mit seinen Zahlungsverpflichtungen, sondern Sowjet-Rußland, und der Weg, dieses Land wieder in den Weltmarkt einzuziehen, stehe.

Die deutsche Bourgeoisie hoffte auf die Differenzen zwischen England und Frankreich. Rathenau konnte aber nicht an die schöne Riviera fahren; Lloyd George und Briand fanden sich auch diesmal ohne ihn.

Der Gegensatz innerhalb der Entente über die deutschen Zahlungen ist zurückgetreten in dem Moment, als das russische Problem in den Vordergrund trat, und als Frankreich merkte, daß es den Kürzeren zieht, wenn es noch weiter auf seinem extremen Standpunkt beharrt. Nachdem schon in Washington eine Einigung in der Frage der U-Boote gefunden war, stand Deutschland wieder einmal als der Leidtragende da.

Rußland stellt heute einen gewaltigen Machtfaktor dar. Dies muß selbst die „Deutsche Allgem. Zeitung", das Stinnesorgan, zugeben. Die Entente ist aber drauf und dran, diesen gewaltigen Machtfaktor für Deutschland zu verschließen. Wenn Deutschland jetzt zusehen muß, wie die Entente mit Rußland Handel treibt, dann hat sich die bürgerliche Gesellschaft dies selbst zuzuschreiben. Gerade wir Kommunisten haben unzählige Male auf die Notwendigkeit eines Bündnisses Moskau-Berlin hingewiesen. Die vor der Entente ersterbenden Sozialisten und anderen Koalitionsbrüder haben jetzt die Kosten zu tragen.

Die „Vergünstigungen" von Cannes sind in Wahrheit so gut wie nichts. Was nützt Deutschland ein teilweiser Zahlungsaufschub, wenn in einigen Monaten das Gespenst der Reparation wieder vor der Tür steht.

Die Privatisierung der Reichsbetriebe kommt, die ungeheuren Steuern werden verschlungen ohne die hohe Reparationssumme.

Welch ungeheure Ausbeutung dem deutschen Proletariat im nächsten Jahr bevorsteht, wenn es nicht Schluß macht mit dieser Gesellschaft ist noch gar nicht auszudenken.

*

Die französischen Kreise beurteilen die möglichen Ergebnisse der internationalen Wirtschaftskonferenz mit größter Zurückhaltung. Das Interesse Frankreichs liege vor allem in der Regelung der Reparationsfrage, wie sie durch das Gesuch um Zahlungsaufschub durch Deutschland aufgeworfen sei. Die Sachverständigen beschäftigen sich dauernd mit Vorberatungen über diese Frage. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß sie mit ihrer Arbeit noch heute fertig werden und der Oberste Rat wird daher höchstwahrscheinlich erst wieder am Montag zu einer Vollsitzung zusammentreten. Die Schwierigkeiten beruhen darauf, daß, wie bekannt, sich ein belgischer Widerstand geltend macht, weil Belgien statt der erwarteten 1200 Millionen Goldmark im Jahre 1922 nur 200 Millionen Goldmark in bar erhalten soll, also die Hälfte der Summe, die in London vorgesehen worden war. Die Sachleistungen, die Belgien namentlich zur Verwendung in seiner Kongokolonie in diesem Jahre erhalten soll, scheinen bei der belgischen Delegation kein besonderes Interesse zu erwecken. Sie sind offenbar nur kleinen Umfanges und entsprechen nicht einer dringenden Notwendigkeit. Es soll daher, wie man hört, versucht werden, von Deutschland im Jahre 1922 eine größere Barzahlung, vielleicht 750 Millionen Goldmark, zu erlangen.

Kommunisten vor dem Reichsgericht.

Die Richter am Leipziger Reichsgericht sind nicht immer so entgegenkommend wie beim Jagowprozeß. Diese Tatsache wurde wiederum mal bestätigt bei dem Prozeß gegen die Rendsburger Kommunisten. Eine Anzahl Genossen der KPD. standen vor dem Gericht, während der Märzunruhen einen Versuch, die Hochbrücke über den Nord-Ostseekanal zu sprengen versucht zu haben, um den Zuzug von Reichswehrtruppen nach Mitteldeutschland zu verhindern.

Die angeklagten Genossen benahmen sich nicht so waschlappig wie die Jagow und Genossen, sondern standen ihren Mann. Obwohl es gar nicht zu einer Sprengung gekommen ist und obwohl nach Aussagen eines Gerichtschemikers der vorgelegte Sprengstoff wenig gefährlich sei, kam das Gericht zu einem unerhört harten Urteil. Obwohl die Angeklagten im Interesse ihrer kämpfenden Brüder in Mitteldeutschland handeln wollten und obwohl dieselben Handlungen, wie der Angeklagte Thiel sagte, **während des Krieges Heldentaten waren und durch Auszeichnungen belobt wurden**, sprach das Gericht **mildernde Umstände ab, da es eine ehrlose Handlung sei und verurteilte sechs Genossen zu Zuchthausstrafen von 1 Jahr 3 Monaten bis zu 3 Jahren 6 Monaten und zwei zu Gefängnisstrafen von 1 Jahr bzw. 1 Jahr 3 Monaten.**

Die Arbeiterschaft muß schärfsten Protest gegen dieses neue Klassenurteil der weißen Justiz einlegen.

Die Verwaltung der Heil- und Pflege-Anstalt Herrnprotsch vor Gericht.

Am Sonnabend, den 7. Januar, wurde gegen Genossen **Kurt Neubert** wegen Beleidigung des Breslauer Magistrats, bezw. der Anstaltleitung der Heil- und Pflegeanstalt Herrnprotsch vor der Breslauer Strafkammer verhandelt. Als Verteidiger fungiert Genosse Rechtsanwalt **Simon**. Die Beleidigung wird erblickt in drei verschiedenen in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" im Februar und März 1921 veröffentlichten Artikel, die sich mit den skandalösen Zuständen, wie sie verschiedene Insassen — invalide und lungenkranke Proletarier — der Redaktion mitteilten, beschäftigten.

Genosse **Neubert**, als damaliger verantwortlicher Redakteur, hält die in den Artikeln aufgestellten Behauptungen, daß **in der Heilanstalt Herrnprotsch eine unerhörte Korruption, Verschiebung von Lebensmitteln, schlechte und mangelhafte Beköstigung der Insassen, tatsächlich** stattgefunden habe, voll aufrecht und erbietet sich, den Wahrheitsbeweis anzutreten.

Es habe der „Schles. Arb.-Ztg." fern gelegen, irgend eine Person zu beleidigen, in Frage kam nur die Sache. Aus den zahlreichen Zuschriften und persönlichen Angaben von Insassen der Heilanstalt Herrnprotsch ging hervor, daß zweifellos unerhörte Zustände in der Heilanstalt herrschten. Im Interesse der invaliden und lungenkranken Insassen, sowie der Allgemeinheit, weil mit dem Gelde der Steuerzahler (das bekanntlich fast restlos durch den 10% Steuerabzug von den Arbeitern aufgebracht wird) in diesem Falle recht sonderbar umgegangen worden sei, habe die Zeitung veranlaßt, die Oeffentlichkeit über die skandalösen Vorkommnisse in der städtischen Heil- und Pflegeanstalt zu unterrichten. Es sollte dargelegt werden, wie im kapitalistischen Staat für die ausgemergelten und kranken Proletarier, die ein Leben der Mühe und Not im Dienste des Kapitals standen, in Wirklichkeit gesorgt wird.

Als Nebenkläger und Zeuge wird zuerst der Oberarzt **Dr. Emil Pawel** vernommen. Seiner Ansicht nach sind alle in den inkriminierten Artikeln enthaltenen Angaben unwahr. **Er gibt aber zu, daß vielfach** mündlich und schriftlich **Klagen über mangelhafte und schlechte Beköstigung seitens der Anstaltsinsassen** geführt wurden. Ob Lebensmittel, wie kondensierte Milch, Kakao, Fleisch usw. aus der Anstalt verschoben worden seien, weiß der Zeuge nicht, wohl aber, daß bei den Brotrationen mitunter das vorgeschriebene Gewicht nicht stimmte. Schlachtfeste und Kuchenbäckereien hätten stattgefunden, ob davon etwas verschoben worden sei, wisse er nicht, seiner Ansicht nach sei das immer den Kranken zugute gekommen.(!)

Oberinspektor Opolka, ein recht wohlgenährter Herr, der in der Heilanstalt die erste Geige spielt und am hauptsächlichsten verantwortlich ist für die Zustände dort, bestreitet, daß irgendwelche, damals rationierte Lebensmittel verschoben worden seien! Zu gibt er, daß an den Oberbürgermeister Matting, Stadtrat Tilgner, sowie verschiedene andere Herren Obst, Gemüse und andere, nicht rationierte Lebensmittel abgegeben worden seien, aber nur, um sie nicht verderben(!) zu lassen. Er gibt auch zu, daß der Oberbürgermeister Matting von der Anstalt mehrere Zentner Kartoffeln — gegen Bezahlung — bekommen habe. Unter Eid erklärt er auf Befragen des Verteidigers, Rechtsanwalt Simon, daß andere rationierte Lebensmittel niemals, auch nicht gegen Bezahlung, an den Oberbürgermeister Matting oder Stadtrat Tilgner aus der Heilanstalt abgegeben worden seien.

Zeuge **Zimmer**, ein alter, gelähmter Invalide, der ungefähr 3 Jahre in der Heilanstalt Herrnprotsch zubrachte, entwirft ein Bild von den Zuständen in der „Heil"anstalt, daß einem die Haare zu Berge stehen können. **Als Mittagessen gab es Gerichte, die der Zeuge, der früher Landwirt war, seinen Ochsen nicht vorgesetzt hätte. Zucker habe es nicht gegeben,** obwohl pro Monat 1½ Pfd. jeder Person zustand, **dafür seien aber in der Kantine Bonbons zu Wucherpreisen verkauft worden. Die Bettwäsche sei 7 Monate lang nicht gewechselt worden, um Bettwäsche zu sparen.** Als die Tochter des Oberinspektors Opolka (die im Büro der Heilanstalt beschäftigt gewesen ist) Hochzeit gemacht habe, sei, nach Ausspruch des Chefarztes, die Wäscheausstattung so prächtig, wie die einer Komtesse gewesen.

Der Oberarzt Dr. Pawel habe ihn ironisch behandelt und provoziert, so habe er ihm vorgeworfen, daß er vorbestraft sei. Als er gegen **Opolka** vorgehen wollte, sei er von dem Stadtrat Landsberg (Rechtssozialist) aufs nachdrücklichste bearbeitet worden, das nicht zu tun. Er solle die Familie nicht ins Unglück stürzen und nichts gegen Opolka unternehmen. Da seine Beschwerden an die maßgebenden Instanzen ohne Erfolg waren, habe er sich an die Zeitung gewandt, um die Oeffentlichkeit auf diese unerhörten Mißstände aufmerksam zu machen und so eine Abhilfe zu schaffen. Nach Veröffentlichung des ersten Artikels in der „Schles. Arb.-Ztg." sei auch eine kurze Zeit eine Besserung inbezug auf Beköstigung, wie Behandlung zu verzeichnen gewesen.

Nachdem Bürgermeister **Trentin** als Zeuge über die Stellung des Strafantrages vernommen wurde, bezweifelte der Verteidiger, Genosse **Rechtsanwalt Simon** die Rechtsgültigkeit des vom Magistrat gestellten Strafantrages, weil der Strafantrag nicht vom Vorsitzenden des Magistrats, dem Oberbürgermeister, sondern von dessen Stellvertreter, dem Bürgermeister Trentin unterschrieben wurde.

Das Gericht schloß sich nach kurzer Beratung den Ausführungen der Verteidigung an, erkannte an, daß der vom Magistrat gestellte Strafantrag formell unrichtig ist, und verkündete das bereits gestern mitgeteilte Urteil: **Das Verfahren wird eingestellt, die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. Die durch den Nebenkläger Dr. Pawel entstandenen Kosten hat der Nebenkläger selbst zu tragen.**

Die finnische Arbeiterschaft gegen den Imperialismus der finnländischen Bourgeoisie.

Im Wiborger Volkshaus fand eine große Arbeiterversammlung statt. Der Saal war dicht von Vertretern des Proletariats besetzt. Die einmütig angenommene Resolution besagt in ihrem wesentlichsten Inhalt: Die finnische Arbeiterklasse ist dagegen, daß die Regierung infolge ihrer Interventionspolitik auf einen bewaffneten Konflikt mit Sowjetrußland hinarbeitet und drückt den russischen Arbeitern und Bauern in ihrem Kampf gegen die äußeren Feinde die vollste Sympathie aus. Die finnische Arbeiterklasse wird mit allen Mitteln gegen die offiziellen und inoffiziellen Raub-

Die schlesischen Weber.

Von Heinrich Heine.

Im düsteren Auge keine Träne,
Sie sitzen am Webstuhl und fletschen die Zähne:
Deutschland, wir weben dein Leichentuch,
Wir weben hinein einen dreifachen Fluch. —
Wir weben, wir weben!

Ein Fluch dem Gotte, zu dem wir gebeten
In Winterkälte und Hungersnöten;
Wir haben vergebens gehofft und geharrt,
Er hat uns geäfft und gefoppt und genarrt. —
Wir weben, wir weben!

Ein Fluch dem König, dem König der Reichen,
Den unser Elend nicht konnte erweichen,
Der den letzten Groschen von uns erpreßt,
Und uns wie die Hunde erschießen läßt.
Wir weben, wir weben!

Ein Fluch dem falschen Vaterlande,
Wo nur gedeihen Schmach und Schande,
Wo jede Blume früh geknickt,
Wo Fäulnis und Moder den Wurm erquickt.
Wir weben, wir weben!

Das Schiffchen fliegt, der Webstuhl kracht,
Wir weben emsig Tag und Nacht. —
Altdeutschland, wir weben dein Leichentuch,
Wir weben hinein den dreifachen Fluch.
Wir weben, wir weben!

Alltagsmärchen.

Die Fabrikpfeife.

Sie lagen beide: Mann und Frau. Und der herbeigerufene Arzt wußte nicht, wem er zuerst helfen sollte.

Es war schon tiefe Nacht, vielleicht bald Morgen — — —

Stöhnte die Frau nur, so war es auch dem Mann leichter. Kamen aber die Wehen wieder und schrie die Gebärende auf, so konnte sich der Verwundete auch nicht mehr halten.

Wie ein in die Falle geratenes und vom Jäger gefangenes Tier schrie er und alles was er durchlebte, war in diesem Schrei. Die schlaflosen Tage und traumlosen Nächte — — — Die verstümmelte Leiche zu der Frau, die jetzt neben ihm da lag — — — Die Hochzeit — — — und dann: Gestern — — —

Er wollte nur ein wenig Mensch sein und dachte an die, die sein Kind trug. Da rächte sich die Maschine — — —

Jetzt lag er da und wußte — er wird es nicht überleben — — —

Und er schrie wieder. Angst, Schmerz und hilflose, machtlose Wut waren wie Tausende von vergifteten Nadeln in diesem Schrei.

So ging es die ganze Nacht. Der Arzt murmelte, er werde wahnsinnig, die Hebamme weinte — — —

Da kam der Morgen. Immer heller und heller wurde es. Die Sonne hatte das Gestern vergessen und schenkte der Erde ein neues Heute. Die Schreie des Mannes wurden immer stiller und die der Frau heftiger und heftiger — — —

Und um sieben Uhr geschah das Wunder der Wunder und der Vater schrie zum letzten und der Sohn zum ersten Male — — —

Doch hörte es keiner, denn im selben Augenblick drang in die Kammer der Ruf der Fabrikpfeife und übertönte alles — — —

Ein Zeitbild.

Der Zug ist in die Bahnhofshalle eingelaufen. Die Menschenmenge flutet nach den einzelnen Wagen und staut sich in dichten Gruppen vor den Abteilungen. Ein Invalide bewegt sich eilig mit seinen Krücken vorbei, an den Abteilen 4. Klasse, suchend nach einem Platz. Schnell sind die Abteile überfüllt. Der Invalide kehrt wieder zurück, da weist ihm ein hilfsbereiter Herr auf das Kriegsbeschädigten Abteil, das vollständig leer ist und öffnet ihm die Kupeetür. Der Invalide bleibt zögernd stehen. Der Schaffner tritt fragend heran: „Sind Sie Kriegsbeschädigter?" Eine schwache Röte überläuft das blasse Gesicht des Invaliden. „Ach nein, ich war ja schon vor dem Kriege Invalide. Und ich habe nur Vierter." „Dann bedauere ich", antwortete der Schaffner und zeigt nach den vorderen Wagen 4. Klasse. Der hilfsbereite Herr mischt sich ein: „Diese Wagen sind ja völlig überfüllt. Sie werden doch den Invaliden in dieses leere Abteil hier hineinlassen!" „Unmöglich", kommt die Antwort, „er hat keinen Kriegsbeschädigten-Ausweis. Wenn die Revision erfolgt, bin ich verantwortlich!"

Der Schaffner geht mit dem Invaliden nach dem Wagen 4. Klasse und öffnet eine Tür. Der Invalide zwängt sich mühsam mit seinen Krücken hinein, die nachstehenden Passagiere im Wagen ziehen ihn an sich, der hilfsbereite Herr schüttelt den Kopf und der Zug setzt sich in Bewegung.

Die Wissenschaften in Sowjet-Rußland.

Jeder, der nur halbwegs mit der naturwissenschaftlichen Arbeit vertraut ist, weiß, welchen Schwierigkeiten die Errichtung neuer Laboratorien und wissenschaftlicher Institute begegnet. Dazu sind viele Jahre notwendig. Deshalb ist die Tatsache, daß während der letzten vier Jahre in Rußland neue wissenschaftliche Mittelpunkte geschaffen wurden, sehr bemerkenswert. Im Jahre 1918 wurden zwei wissenschaftliche Institute, das optische und röntgenologische, gegründet. Die Arbeiten dieser Institute wurden bereits herausgegeben. In den „Nachrichten des optischen Institutes" wurden die ersten Untersuchungen Roschdestwenskys über die Spektralanalyse veröffentlicht. In diesem Artikel werden neue Methoden zur Erforschung des Baues der Atome geschildert und ein umfangreiches Programm für die weiteren Arbeiten des Instituts entworfen. Auch das röntgenologische Institut hat bereits seine Arbeiten herausgegeben, die sich hauptsächlich auf die Anwendung der Röntgenstrahlen auf die Medizin beziehen.

In der Zeit von 1919 bis 1920 wurden in Moskau neue Laboratorien eröffnet. Hervorzuheben ist, daß in den neuen Laboratorien neben den rein wissenschaftlichen Arbeiten, die zunächst bloß theoretisches Interesse haben, nunmehr auch Arbeiten ausgeführt werden, die den augenblicklichen Bedürfnissen entsprungen sind. So ist es einem Mitarbeiter des physikalischen Laboratoriums der Moskauer Universität gelungen, einen Apparat zu konstruieren, der es ermöglicht, mehrere telephonische Gespräche und Telegramme auf einer und derselben Leitung gleichzeitig zu befördern. Dieses Resultat wird durch Anwendung der Methoden der drahtlosen Telegraphie auf die Telegraphie mit Draht erzielt.

Eine weitere interessante Neugründung stellt das „Institut für wissenschaftliche Methodologie" dar. Dieses Institut hat die Aufgabe, die Methoden, die von den einzelnen Wissenschaften angewendet werden, einander anzunähern. Der modernen Wissenschaft werden immer häufiger Aufgaben gestellt, deren Erfüllung die gleichzeitige und gemeinsame Arbeit von Fachleuten der verschiedensten Wissenschaften erfordert. Bis jetzt war aber ein solches Zusammenarbeiten rein zufällig. Aus diesem Grunde hat sich das Institut gerade solche Aufgaben gestellt, die die Fachleute der verschiedensten Gebiete zu gemeinsamer Arbeit vereinigen müssen.

Dostojewskis Nachlaß. Anläßlich der Festlichkeiten, die unter dem Vorsitz Lunatscharskis des Volksbeauftragten für Volksbildung zu Dostojewskis hundertsten Geburtstag in Moskau stattfanden, wurde auch eine Schatulle geöffnet, die aus dem Nachlaß des Dichters stammt und seit dessen Tode verschlossen geblieben war. Diese Schatulle enthielt außer Briefen des Dichters an seine Frau dessen Tagebuch und allerlei Entwürfe zu den Romanen „Der Teufel" und „Raskolnikow". Das bedeutendste davon soll demnächst veröffentlicht werden.

e gegen Sowjet-Rußland und gegen die karelische Arerkommune ankämpfen.

Die finnische sozialistische Arbeiterpartei hat der sozialnokratischen Arbeiterpartei Finnlands den Vorschlag unterbitet, gemeinsam gegen die bürgerlichen Raubzüge auf wjet-Rußland anzukämpfen und die Einhaltung des fisch-finnischen Friedensvertrages durch die finnische Rerung zu erzwingen. Die finnische Regierung soll ferner wungen werden, ihre Truppen von der Grenze zurückiehen.

e militärische Organisation des internationalen Gendarms des Kapitalismus.

Aus Washington schicken die Telegraphen-Agenturen gende Nachricht in die Welt:

Das Marineabkommen, das kurz vor seiner Fertigstellung steht, wird folgende Artikel enthalten:

1. Bestimmungen über Einschränkungen der Tonnage, des Kalibers der Geschütze und die Zahl der Schiffseinheiten erster Klasse.
2. Bestimmungen über den Ersatz dieser Einheiten nach einem für jede Macht aufgestellten Programm.
3. Bestimmungen über die Flugzeugbegleitschiffe.
4. Bestimmungen über die leichten Kreuzer.
5. Bestimmungen über die Anwendung der U-Boote und das Verbot, Handelsschiffe zu Kriegszwecken zu verwenden.

Das Abkommen wird ferner Bestimmungen über die Verwendung von Bomben im Luftkriege enthalten und bestimmte Regeln für den Bau von Schiffen auf Privatwerften für Rechnung fremder Staaten aufstellen. **Bestimmungen über die künftige Kriegführung sollen ebenfalls erlassen werden, namentlich über die Kriegführung gegen solche Mächte, die das Abkommen nicht unterzeichnet haben.** Auch die Aufstellung der Geschütze an Bord der Einheiten erster Klasse soll geregelt werden Ferner wird das Abkommen Richtlinien über die Einberufung periodischer Konferenzen geben, die Abänderungen an den Bestimmungen des jetzt zu schließenden Vertrages vornehmen können.

Das Abkommen ist so weit vorgeschritten, daß das Marinekomitee wahrscheinlich schon heute zu seiner letzten Beratung eine Sitzung abhalten kann. Eventuell wird man auch eine Vollsitzung der Konferenz am Freitag oder Sonnabend einberufen.

Nachdem es alle großkapitalistischen Räuberstaaten abgelehnt haben, tatsächlich auch nur die kleinste Abrüstung vorzunehmen (U-Boote!), soll dieses Programm, das völlige Nebensächlichkeiten bringt und absolut nichtssagend ist, nur den wirklichen Bankrott der kapitalistischen Abrüstung verschleiern.

Im Gegenteil kommt die straffere militärische Organisation der Ententekapitalisten zum Ausdruck in der Feststellung, man einige sich über die **künftigen Kriege gegen diejenigen, die den „Vertrag" nicht unterzeichnen.**

Das heißt gerade heraus: Das Weltkapital wird zu jeder Zeit gegen seine Kolonien, Mitteleuropa, Rußland usw. eine militärische Macht aufbieten können, um restlos seine Ausbeutung auf internationaler Basis durchzuführen. Vor allem wird diese „künftige Kriegführung" ein Kampf des Weltkapitals gegen die revolutionäre Arbeiterschaft eines jeden Landes sein.

Neues vom Tage.

Jagow übernimmt das Kommando.

Der „Ulk" hatte kürzlich eine Karrikatur auf Jagows Festungsleben gebracht, die Jagow bei Uebernahme des Kommandos im Gefängnis zeigt. Inzwischen ist dieser Witz zur Wirklichkeit geworden.

Von vertrauensvoller Seite wird uns aus Gollnow gemeldet:

Nicht nur in der Verpflegung ist seit Jagows Eintreffen Wandel geschaffen, auch die Wohnverhältnisse werden von Grund auf verändert und zwar zum Schaden unserer Genossen. Während bisher in Gollnow zeitweilig bis zu 20 Mann in den vorhandenen Räumen untergebracht waren, wogegen unsere Genossen seit Jahr und Tag protestieren, Jagow schafft auch hierin Wandel.

Dieser Tage sind 10 unserer Genossen von Gollnow abtransportiert und den Gefängnissen in Marburg und Bielefeld überwiesen. Jagow braucht Platz. Heute sind nur noch 7 Gefangene in Gollnow. Bei der Auswahl der Abgeschobenen wurde mit größter Willkür verfahren. Die Genossen, die Jagow nicht gefielen, wurden fortgeschafft; es sind nur ihm genehme Gefangene zurückgeblieben.

Nicht nur die Verwaltung in Gollnow, auch in höheren Justizstellen ist alles erregt und steht Jagow zu Diensten. Seine offenen und versteckten Freunde im Ministerium schaffen ihm jede Erleichterung. Die Festungsanstalt Gollnow soll jetzt, was Verpflegung, Ausstattung der Räume usw. anbetrifft, ganz nach den Wünschen Jagows hergerichtet werden.

Wir fragen den Justizminister: Sind die Verhältnisse in den Festungsanstalten in Bielefeld und Marburg dieselben wie in Gollnow? Werden unsere Genossen dort ebenso wie in Gollnow verpflegt? Sind die Wohnräume so, wie sie die Festungshaft erfordert? Wie ist die Einrichtung, wie die Behandlung?

Wir wissen, daß die Zustände in Marburg und Bielefeld noch schlechter sind, als sie vor Jagows Eintreffen in Gollnow waren. Wir verlangen, daß nicht zweierlei Strafvollzug in Preußen stattfindet. Heute gibt es eine Festungsstrafe für Kappverbrecher und eine für revolutionäre Arbeiter.

Justizstreiche.

In München war ein angeblicher Schriftsteller Kiefer, der in Wirklichkeit aber der bekannte meineidige Martoh-Komplize Hauptmann v. Kessel aus Berlin ist, verhaftet worden. Er steht in begründetem Verdacht, nach seiner Mitschuld an der Matrosenermordung auch bei der Ermordung Erzbergers als Mitwisser beteiligt zu sein. Das Breslauer Gericht hatte seine Verhaftung in München — solche Leute treiben sich immer in München herum — veranlaßt, nachträglich aber auf die Einlieferung Kiefers verzichtet. Wahrscheinlich hatte es inzwischen die Identität Kiefers und v. Kessels festgestellt und sucht nun weiteren peinlichen Erörterungen aus dem Wege zu gehen, die das Bestehen einer Mörderzentrale unwiderlegbar ans Licht treten lassen könnten. Es liegt hier bei dem Belastungsmaterial ein neuer Justizskandal vor, der noch weite Kreise ziehen dürfte. Der Herr Justizminister wird endlich einmal in das Wespennest greifen müssen, oder soll nur noch das weißgardistische Faustrecht zum herrschenden Prinzip gemacht werden?

Die weiße Justiz erlaubt sich ja auch sonst die tollsten Streiche. Für eine Hohenzollerndame wird unter Mißachtung der Rechtsgleichheit aller Staatsbürger unter Billigung des preußischen Justizministers Am Zehnhoff eigens ein gräflicher Referendar als Protokollführer bestellt. Der Gerichtsschreiber könnte ja die allerhöchstgetragene Nase beleidigen. Ein deutschnationaler Richter schrieb jüngst einem linksdemokratischen Politiker gelegentlich einer Geldstrafe wegen Beleidigung ins Urteil, daß dem Angeklagten wegen seiner Selbstgefälligkeit, Eitelkeit und seiner Anpassung an die Leidenschaften der Menge er einer jener unberufenen Volksführer sei, die ihren Herrschaftsgelüsten auf Kosten und zum Schaden des Volkes frönten. Wir kennen den Verurteilten nicht, aber man spürt hier doch deutlich, daß sich deutschnationaler Haß gegen linksdemokratische Politik in dieser Urteilsbegründung Luft macht. Beschwerde gegen den beteiligten Richter und seine „Objektivität" ist eingeleitet worden. Aber die heutige deutschnationale Rechtsprechung fürchtet bei der Unabsetzbarkeit der Richter und dem herrschenden Kurse keine Korrekturen von oben. Und immer wieder müssen sich die hier und da vereinzelt auftauchenden demokratisch gesinnten Richter die schärfsten Brüskierungen von ihren deutschnationalen Kollegen und Vorgesetzten im amtlichen wie im außeramtlichen Verkehr gefallen lassen. Anstelle eines sogenannten sozialdemokratischen Justizministers wird hier erst die volle Gerichtsbarkeit des Volkes gründlich Remedur schaffen unter Beseitigung des ganzen Justizapparates, der nichts anderes ist als ein Bollwerk der gegenrevolutionärsten Reaktion.

Presselumpen.

Mit der Stinnesierung der bürgerlichen Presse macht auch ihre politische und moralische Verlumpung immer weitere Fortschritte. Diese Zeilenschinder wollen sich bei ihren Auftraggebern durch maßlose Beschimpfung der Kommunisten lieb Kind machen. So schreibt jetzt der durch Hinzuziehung der übelsten Schmocks immer tiefer sinkende deutschnationale „Tag" in einem Artikel vom Mittwoch Abend, eingangs einer mordsdummen Betrachtung über „Die Krisis im Kommunismus":

> Unablässig sind die Kommunisten an der Arbeit, und niemand bezweifelt, daß man in ihnen eine organisierte Verbrecherbande zu erblicken hat.

Nach dieser Rekordleistung nimmt es nicht wunder, daß der Verfasser den Dummen-Jungenstreich von Dinkelsbühl als den Anfang neuer kommunistischer Aktionspläne bezeichnet. Und wenn der Menschenfreundliche Verfasser bedauert, daß man sich nicht zu genügender „praktischer Abwehr" gegen Kommunisten zu entschließen vermöge, so erscheint hier sein Herzensbedürfnis dieses Patrioten vorzuliegen, noch mehr Arbeiter einzukerkern und auf „der Flucht" zu erschießen. In der Regierung der Stinnes-Koalition kann er ja solchen Gelüsten weitgehende Erfüllung hoffen.

Zum Steuerkampf.

„Arme Familien die Opfer" sozialdemokratischer Steuerschande.

Der Sozialdemokrat, der es im Steuerausschuß fertig brachte, sofort nach der Verhunzung der Besitzsteuern im Namen seiner Partei für die **schamloseste Konsumsteuer**, die Umsatzsteuer, den **höchsten** Satz zur Annahme zu empfehlen, der darin noch **weiter** gehen wollte, **wie die kapitalistischen Ausbeuter**, war Eduard Bernstein.

Derselbe Bernstein aber setzte auf den Umschlag der einige Jahre vor dem Kriege von ihm im Auftrage der Partei verfaßten Steuerbroschüre: „Die neuen Reichssteuern, wie sie wurden und was sie bedeuten" folgendes Zitat:

> „Man kann sagen, daß von allen Steuern **keine so ungleich treffen, wie die Steuern auf den Konsum,** und daß in den Nationen, wo sie vorherrschen, **die armen Familien die Opfer sind.**"
>
> J. B. Say, Cours d'Economie politique.

Inzwischen ist die Sozialdemokratie zu der Partei geworden, die entgegen ihren früheren Forderungen jetzt selbst die allerschärfsten und ungleichsten Steuern auf den Konsum durchsetzt, wobei nach ihren eigenen Worten „die armen Familien die Opfer" — der Sozialdemokratie — sind. In den Schlußsätzen derselben Bernsteinbroschüre heißt es über die Steuerpolitik der Sozialdemokratie kühn und trefflich:

„Nur eine Partei, die **grundsätzlich** das **ganze** politische System bekämpft, wird den Kampf gegen die Steuerpolitik dieses Systems **unerschüttert und unermüdlich weiter kämpfen**, und das ist die Sozialdemokratie (!). Wie sie im Widerstand gegen die neuesten Auswüchse der Reichsfinanzpolitik Schritt für Schritt der **Belastung von Industrie, Verkehr, Handel, samt der Bevorrechtung des Grundbesitzes mit Energie entgegentrat**, so wird sie bei jeder ähnlichen Gelegenheit, wo das Interesse der breiten Volksmasse in ihrer **Arbeitsgelegenheit** und in ihrem **Konsum bedroht ist, die erste auf dem Platze sein. Sie rüstet nicht ab. Sie hat den Mut, der Politik der indirekten Steuern von Grund aus den Krieg zu erklären und ihr ein konsequentes Programm direkter Steuern gegenüber zu stellen.** Sie darf es wagen, weil sie die **Partei der Arbeit** ist und die **große arbeitende Klasse hinter sich weiß.** So ist sie die zuverlässigste (!) Hüterin des Volkswohlstandes und des wirtschaftlichen Fortschritts."

Großartig, trefflich und — damals auch wahr. Jetzt aber ist das alles preisgegeben. **Grundsätze** kennt die Sozialdemokratie nicht mehr und **Kämpfe** erst recht nicht. Heute tritt sie **nicht gegen, sondern für** die Belastung von Handel und Verkehr ein. Heute ist **sie** „die erste auf dem Platze", die durch steuerliche Preistreibereien „die Volksmasse in ihrer Arbeitsgelegenheit und in ihrem Konsum bedroht". Sie **hat** abgerüstet, weil sie nicht mehr die Partei der Arbeit sein kann und darf.

Den **Mut** aber, „der Politik der indirekten Steuern von Grund aus den Krieg zu erklären und ihr ein konsequentes Programm direkter Steuern gegenüberzustellen", hat die Sozialdemokratie **vollständig aufgegeben** und restlos der **Kommunistischen Partei überlassen**, der jetzt die große arbeitende Klasse folgen muß, wenn sie sich aus der kapitalistischen Not retten will.

Auslandspolitik der Woche.

Das enthüllte Geheimabkommen Frankreichs und Japans. — Washingtoner Zwischenfälle. — Eine Rußland-Ente der „Times". — Die russische Frage in Cannes. — Cannes und Deutschland. — Der deutsche Eisenbahnerstreik und das Ausland.

A. R. Aus Washington ist der internationalen Geheimdiplomatie der kapitalistischen Ehrenmänner eine peinliche Ueberraschung zuteil geworden. Eine Delegation der ostsibirischen Republik des Fernen Ostens hatte sich in die Höhle des Löwen gewagt und sie versuchte auf der großen Konferenz der kapitalistischen Räuber auch die Stimme der ostsibirischen Arbeiter und Bauern zur Geltung zu bringen. Nun hat diese von den Harding und Briand so verachtete Delegation des Fernen Ostens den Herren einen peinlichen Streich gespielt. Sie veröffentlichte Geheimdokumente über ein französisch-japanisches Abkommen hinter dem Rücken von England und Amerika. Die beteiligten französischen Stellen zeigen einen solchen Aerger, daß schon dadurch die Echtheit der Dokumente ziemlich gesichert wird. Das jetzige Haupt der französischen Delegation in Washington, Herr Sarraut, hat einen offiziellen Brief an den Präsidenten der Washingtoner Konferenz Hughes gerichtet, in dem es heißt, daß „die sogenannte Delegation der sogenannten Regierung von Tchita mit gefälschten Dokumenten den Frieden unter den Großmächten störe". Herr Sarraut empfiehlt der amerikanischen Regierung verblümt, sie möchte diese Delegierten „ohne Mandat und ohne moralische Autorität" ausweisen. Daß die proletarischen Vertreter Sibiriens einen derartigen Zorn bei den französischen Diplomaten erregt haben, ist für sie ja ehrenvoll. Es ist für die Franzosen besonders peinlich, daß ein großer Teil der englischen und amerikanischen Presse an die Echtheit der Schriftstücke glaubt. Die Pariser Herrschaften mögen sich beruhigen: der Gedanke eines französisch-japanischen Zusammengehens gegen die Angelsachsen ist nicht ganz neu. Es sei nur an die große Rede erinnert, die Herr Tardieu, das diplomatische Orakel der französischen Reaktion, kurz vor der Abreise Briands nach Washington in der Pariser Kammer gehalten hat. Schon damals hat er in aller Oeffentlichkeit ein französisch-japanisches Zusammengehen empfohlen. Das Ziel einer französisch-japanisches Zusammengehen empfohlen. Das Ziel einer französisch-japanischen Verständigung wäre erstens der Sturz der Sowjetmacht und die Erneuerung der russischen Monarchie, die dann als dritte im Bunde zu gelten hätte; zweitens die Schaffung eines Gleichgewichts gegen England-Amerika. Weiter ist wohl die Frage gestattet, ob Marschall Joffre sich nur „zufällig" gegenwärtig in Japan aufhält und als treuer Verbündeter seit 1914 feiern läßt?

*

In Washington kam die Enthüllung über die geheime französisch-japanische Liebe gleichzeitig mit dem U-Boot-Konflikt. Die französischen Kapitalisten, die sich über den deutschen verschärften U-Boot-Krieg nicht genug entrüsten konnten, erklären jetzt, daß sie auf die U-Boot-Waffe unmöglich verzichten können. Die Engländer sind darüber tief betrübt. Aber auch die Einschränkung des Panzerschiffbaues erweist sich immer mehr als Illusion. Prinzipiell sollen die vier Großmächte bis 1932 überhaupt keine Panzerschiffe mehr bauen. Aber einerseits hat man doch den Engländern und Amerikanern erlaubt, ausnahmsweise je zwei Großkampfschiffe fertigzustellen, weil Japan dasselbe tut. Andererseits zerbrechen sich jetzt die Fachleute den Kopf über die Frage, in welcher Weise die großen Seemächte im Laufe der nächsten zehn Jahre ihre veralteten Panzerschiffe erneuern dürfen. Dabei sind erst zwei Monate verflossen, seitdem Herr Hughes in der großen Washingtoner Paradesitzung das Ende der Flottenrüstungen in die Welt hinausgeschrien hatte!

*

Wo heutzutage kapitalistische Diplomaten am Tisch zusammensitzen, erscheint ihnen der Schatten Rußlands, wie Banquos Geist beim Festmahl Macbeths. In Washington lag das russische Problem ständig im Hintergrund und in Cannes wird es noch wichtiger sein als die deutsche Frage. Man wird sich erinnern, daß kurz vor Neujahr die „Times" die Sensationsnachricht brachte, daß Tschitscherin und Litwinow von Lloyd George und Briand nach London geladen worden sein. Die Nachricht wurde prompt dementiert, aber die Kundigen fragten sich, wie kommt ausgerechnet die „Times" dazu, eine solche Ente zu bringen, — ein Blatt, das erstens gewöhnlich sehr gut informiert ist und das zweitens die Wiederaufnahme der Beziehungen mit Rußland kräftig bekämpft? Es lag offenbar ein Manöver vor, mit dem die „Times" bezw. die hinter ihr stehende Gruppe englischer und französischer Kapitalisten die Anbahnung der Handelsbeziehungen mit Rußland stören wollte. Die Alarmnachricht sollte die amtlichen Dementis hervorrufen und diese Dementis sollten die Fäden zerreißen, die unter Umständen schon geknüpft waren. Die andere Richtung der englischen Kapitalisten, deren Organ der „Manchester Guardian" ist, will dagegen den Handel mit Sowjetrußland und so bedauert das zuletzt erwähnte Blatt, daß Tschitscherin und Litwinow nicht wirklich nach London kommen. Die englischen Kapitalisten, die das internationale Finanzkonsortium zur Aufschließung Rußlands wünschen, hatten ja die Genugtuung, daß auf der Pariser Konferenz der Wirtschaftssachverständigen die Franzosen, Belgier, Italiener im Prinzip die englischen Vorschläge annahmen. Trotzdem bleibt dieses Finanzkonsortium ein Luftschloß. Wie der neueste Aufruf der Exekutive der Kommunistischen Internationale betont, bedankt das russische Volk sich dafür, von einem Syndikat der internationalen Finanz versklavt zu werden, so wie man die Türkei und China behandelt hat. Ueberdies warnt ein erheblicher Teil der englischen und französischen Presse davor, Geld in Sowjetrußland hineinzustecken. Von ihrem Standpunkt aus begreifen diese Ententekapitalisten den neuen Kurs der Sowjetrepublik viel besser als unsere Liquidatoren. Im „Temps" und in der „Times" kann man es lesen, daß die Bolschewiki immer noch die alten sind, daß sie ihre Konzessionen nur machen, um die russische Produktion und damit auch den Kommunismus selbst und seine Propagandakraft zu stärken. Es muß immer wiederholt werden, daß Sowjetrußland bereit ist, mit jedem einzelnen kapitalistischen Land in korrekter Form Handel zu treiben. Italien hat in seinem kürzlich abgeschlossenen Handelsvertrag mit Sowjetrußland gezeigt, daß es diesen Weg betreten will. Aber die Sowjetregierung, die eine Million Rotgardisten, eine Arbeiter- und Bauernbevölkerung von 100 Millionen und die moralische Kraft des Weltproletariats hinter sich weiß, hat es nicht nötig vor dem internationalen Konsortium zu Kreuze zu kriechen.

*

Was wird mit Deutschland in Cannes geschehen? Es existiert ein englisches Projekt, das sich die Lösung der Reparationskrise ungefähr so denkt: Deutschland soll im Jahre 1922 im ganzen 500 Millionen Goldmark bezahlen, in vier Raten vom 15. Januar bis zum 15. April. Weitere Barzahlungen sollen dann in diesem Jahr von Deutschland nicht verlangt werden. Deutschland hätte dann im ganzen 1921 und 1922 einen Betrag von 1500 Millionen Goldmark in bar gezahlt. Diese Summe soll so verteilt werden: England bekommt 500 Millionen, Belgien 700 Millionen und Frankreich 300 Millionen. Man braucht kein großer Prophet zu sein, um vorherzusagen, daß Frankreich diesen Verteilungsplan in Cannes kaum annehmen wird. Frankreich soll freilich im Jahre 1922 daneben noch Sachleistungen im Werte von 1200 Millionen Goldmark erhalten. Aber mit Recht mißtraut

Franzosen, daß Deutschland solche ungeheuren Sachleistungen — es wären Gegenstände im Wert von fast 50 Milliarden Papiermark — gar nicht in einem Jahr leisten kann. Die Franzosen bleiben bei ihrem Standpunkt: Entweder Deutschland zahlt, was es verpflichtet ist, oder Deutschland zahlt nicht, — dann erfolgen Sanktionen, oder man läßt Deutschland einen Teil seiner Verpflichtungen nach, dann muß England aus seiner Tasche den Schaden decken, der daraus für Frankreich und Belgien erwächst. Die Frage von Cannes lautet also eigentlich so: Wird Deutschland zahlen oder wird England zahlen? Da aber England gegenwärtig stark ist und Ebert-Deutschland schwach, besteht alle Aussicht, daß wieder Deutschland wird zahlen müssen. Auch die Bemühungen des Herrn Stresemann, im Amsterdam eine Konferenz mit englischen Politikern zustande zu bekommen, können an diesen Grundtatsachen nichts ändern. Wie die Ergebnisse von Cannes auch im einzelnen sein mögen, auf jeden Fall werden sie den Massen der deutschen Bevölkerung neue Lasten auferlegen. Der kürzlich abgeschlossene deutsche Eisenbahnerstreik hat, obwohl er durch die Schuld der Gewerkschaftsbürokratie im ersten Anlauf stecken blieb, in den Ententeländern stärkste Aufmerksamkeit gefunden. Er war trotz allem ein Beweis, daß die deutsche Arbeiterschaft sich die „Sanierung" der deutschen Wirtschaft durch die Entente und Stinnes gemeinsam, nicht gefallen läßt. Je energischer die deutschen Arbeiter im eigenen Land gegen die Stinnesleute sich zusammenschließen, um so stärker wird ihr Beispiel auch das Proletariat der Ententeländer anfeuern. Dann wird das Ententeproletariat ebenfalls dazu beitragen, daß das deutsche Proletariat nicht zum internationalen Lohndrücker wird.

Schlesische Rundschau.

Schamlose Verhöhnung des Proletariats.

Ein Arbeiter schreibt uns:

Der Bund der Aufrechten, bekanntlich eine Vereinigung ehemaliger Offiziere, adlige Nichtstuer und sonstiger reaktionärer Elemente, mit ausgesprochen monarchistischen Bestrebungen, hielt am 4. Januar eine Versammlung im Breslauer Konzerthause ab. Ganz wie zu Wilhelms Zeiten war der Saal mit den monarchistischen Farben geschmückt. Eine Musikkapelle spielte altpreußische Militärmärsche. Dann hielt der Major Anker einen Vortrag über den Weg zur nationalen Einheit. Die Ausführungen dieses Erzreaktionärs gipfelten in einem einzigen Hohn auf das Proletariat. Die sozialistischen Arbeitermassen verglich der Herr Major mit einer Hammelherde, die willenlos hinter ihrem Führer herläuft. Ein besonderes Loblied wurde dem preußischen Militarismus gesungen, dessen Segnungen auch von der Sozialdemokratie anerkannt worden wären. Als einziges Mittel zur Gesundung des deutschen Volkes bezeichnete Redner die nationale Einheit, wie sie im August des Jahres 1914 bestanden habe. Die SPD. dürfte nicht zu bescheiden sein im Hinblick auf die Heldentaten des deutschen Heeres, zu denen auch sie mit vollsten Kräften beigetragen habe. — (Der Mann hat Recht!) —

Redner und Zuhörer waren einander wert. Vor lauter Patriotismus wußten sich die Anhänger des Gottes-Gnadentums kaum zu halten, und machten durch anhaltendes Füßetrampeln ihren teutsch-nationalen Gefühlen Luft. Zum Schluß das Deutschlandlied. Einige wenige, der Anwesenden, die den Mut besaßen, beim Absingen desselben den Saal zu verlassen, wurden mit recht schelen Blicken betrachtet.

Arbeiter! Wie lange noch wollt ihr euch diese Frechheiten einer Gesellschaft von Menschen, die euch von jeher unterdrückt, die euch in euer gegenwärtiges Elend gebracht und nun nur noch Hohn und Verachtung für euch übrig hat, gefallen lassen? Wir wissen zur Genüge, daß Nationalismus zum Nationalitätenhaß führen muß. Freilich, die SPD. erntet, was sie gesät hat. Ihre Haltung in jenen Augusttagen 1914, ihre verkehrte Kriegspolitik, ihr Verrat am Proletariat und letzten Endes ihre Verbrüderung mit den bürgerlichen Parteien, das alles ist Wasser auf die Mühlen der „Aufrechten von Gottes Gnaden". Arbeiter, erwacht, ehe es zu spät sein könnte!

Aus der Landarbeiterbewegung.

Der „günstige" Landarbeitertarif.

Vor einigen Tagen ging durch die gesamte S. P. D. Presse eine Notiz ein, daß ein neues Lohnabkommen zwischen den D. L. V. und den Junkern Schlesiens geschlossen sei. Man hob hervor, daß eine 20 % **Erhöhung der Barlöhne** erfolgt sei und der neue Tarif weitere **„günstige"** Abmachungen vorsehe. Vor uns liegt nun der Manteltarif für die schlesische Landwirtschaft.

Im § 4 ist zunächst festgelegt, daß der Tarif wieder zum 1. Januar bis 31. Dezember läuft, was eine Stärkung der Position der Junker in dieser Zeit bedeutet, weil die Junker den Tarif diktieren können. Das zeigt so recht anschaulich der jetzt abgeschlossene Manteltarif. Aus dem Tarif ist zunächst ersichtlich, daß die tarifmäßige Höchstarbeitszeit für 1922 2836 Stunden beträgt. Das bedeutet **eine 54stündige Arbeitswoche.**

Die Führer des D. L. V. haben selbst die Rechte der Betriebsräte geschmälert, indem sie einer Abmachung zugestimmt haben, daß die Regelung der Einteilung der Arbeitsstunden dem Arbeitgeber **allein** zusteht.

Wie sehen nun die Vergünstigungen dieses neuen Lohnabkommens aus?

Der alte Tarif sah einen Barlohn von etwa 2900 Mk. vor, nach der am 1. November erfolgten Lohnerhöhung aufs Jahr berechnet 3608 Mk.

Der neue Tarif einen solchen von 4490 Mk., das bedeutet eine Erhöhung des Barlohnes von etwa 832 Mk. Diese Erhöhung des Barlohnes wird aber durch die erhöhten Steuern wieder aufgefressen, weil man den Wert des Deputats von etwa 4200 Mk. auf 9700 Mk. erhöht hat.

Das macht eine Erhöhung des Barlohnes von 17 Mk. pro Woche.

Ein besonderes Kapitel bilden die Landarbeiter, die ständig, aber ohne Frau zur Arbeit kommen, diese erhalten neben Gewährung eines geringen Deputatzuschusses einen Stundenlohn von 3,40 Mk., was einem **Stundenlohn von etwa 3,80 Mk.** entspricht. Noch schlechter schneiden die Wanderarbeiter ab, Männer erhalten inkl. Deputation **150 Mark pro Woche,** während Frauen und Mädchen **nur 142 Mark** erhalten.

Unter den vielen Abmachungen, die dieser Tarif enthält, ist noch hervorzuheben, daß die Führer des D. L. V. einer Vereinbarung zugestimmt haben, nachdem die Junker das Recht haben, darüber zu bestimmen, daß nicht andere Personen als die bei den Junkern beschäftigten Landarbeiter in der Wohnung der Landarbeiter wohnen dürfen. Und solchen Abmachungen stimmen die Führer des D. L. V. zu, die den Kampf mit aller Macht gegen mittelalterliche Zustände führen wollen in der deutschen demokratischen Republik.

Dieser Tarif ist das glänzende Beispiel, wie die Politik der Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften sich auswirken muß gegen das Proletariat.

Die Landarbeiter müssen herhalten, müssen ihre Lebenslage herabdrücken lassen um dessen Willen, weil die Führer des D. L. V. nicht den Willen haben, die Landarbeiter in den Kampf gegen die Junker zu führen. Es wird notwendig sein, daß die Landarbeiter diejenigen, die diesen Tarif abgeschlossen haben, zur Rechenschaft ziehen. Die Landarbeiter werden aber trotzdem großen Lohnkämpfen in diesem Jahre nicht aus dem Wege gehen können, weil ja selbst der Deutsche Reichskanzler eine allgemeine Preissteigerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel für den Februar in Aussicht gestellt hat. Der Tarif bedeutet also eine Festlegung der Löhne der Landarbeiter in dieser Zeit, sodaß, wenn die Landarbeiter diese Teuerungswelle parieren wollen, in eine schwierige Lage kommen müssen.

Darum müssen die Landarbeiter erneut ihr Augenmerk darauf richten, daß ein Tarif nicht abgeschlossen wird im Januar, sondern in der Zeit der Aussaat oder Ernte, wo nicht die Junker diktieren können über die Löhne der Landarbeiter, sondern die Landarbeiter selbst, um deren Haut es ja geht.

Der Kampf der Landarbeiter ist nicht zu vermeiden!

Die Landarbeiter werden trotz des Tarifes gezwungen werden, den Junkern ihre Macht zu zeigen.

Jugendbewegung.

„Die junge Garde"

ist unter dem Titel **„Proletarische Jugend in tausend Ketten"** als Sondernummer erschienen und hat bereits in etwa 7000 Exemplaren Absatz gefunden und wird noch ständig weiter gefordert.

Die Junge Garde hat den ersten Versuch als kommunistische Zeitung gemacht, die Zeitung nicht für die Arbeiter zu schreiben, sondern zum weitaus größten Teil von den Arbeitern schreiben zu lassen. Auf 10 Seiten haben nur junge Arbeiter und Lehrlinge das Wort, die von ihrem Arbeitsverhältnis, von ihren Löhnen, von ihrer Behandlung und von ihrem Leid sprechen. Die skandalösesten Dinge kommen ans Licht der Oeffentlichkeit und reden eine eindringliche Sprache auch für die, die nicht ihre Not in die Welt hinausschreien können, weil sie mit Stockschlägen und Peitschenhieben davon abgehalten werden. Diese Tatsachen reden eine starke Sprache auch an die erwachsenen Arbeiter, welche die Pflicht haben, den Jugendlichen beizustehen, daß nicht die brutale Ausbeutersippe die Jugend des Proletariats ungehindert ausbeutet und knechtet. Wer die Berichte der Jugendlichen liest, glaubt in die Zeit des Schinderhannes versetzt zu sein. Wie im dunkelsten Mittelalter werden Jugendliche heute noch geschunden und gequält, geprügelt und gefoltert. Diese kaum glaublichen Zustände sind unerbittliche Wahrheiten, die die kommunistische Jugend unter den Massen der jungen und alten Arbeiterschaft verbreiten will.

Sorgt dafür, daß diese Zeitung überall hingelangt und helft an ihrer noch weiteren Verbreitung! Zum Preis von **nur 50 Pfennig** wird die Zeitung abgegeben.

Lokales.

Protest-Versammlung der Händler.

Am Sonntag Vormittag fand im großen Saale der Neuen Börse eine Protest-Versammlung der organisierten Händler und Gewerbetreibenden gegen die geplanten neuen Abgaben statt.

Der Referent, Gauleiter **Moser**, gab in kurzen, treffenden Zügen eine Uebersicht über die wirtschaftliche Lage der kleinen Gewerbetreibenden. Die Abgaben für das Gewerbe sollen um 1000 Prozent erhöht werden. Er schilderte weiter all die Schikanen, denen die Händler seitens der Behörden ausgesetzt sind. Dazu kommen noch die Erhöhungen der Post- und Eisenbahntarife, die am schwersten wohl die Händler treffen. Am Schlusse seiner Ausführungen forderte er die Anwesenden auf, sich eine Kommission zu wählen, die energisch die Rechte der Händler vertritt.

In der Diskussion kamen erschütternde Tatsachen zur Sprache. Bei einer alten Frau von 72 Jahren, die seit 50 Jahren ihrem Gewerbe nachgeht, sind die Gebühren von 12 Mk. auf 600 Mk. erhöht worden. Eine ältere Kriegerwitwe, die sage und schreibe 129 Mk. monatlich Rente bezieht, berichtet empört, daß sie von 48 Mk. auf 600 Mk. erhöht worden sei. Wir können diese erregte Stimmung nur zu gut verstehen. Wieder sind es die Aermsten der Armen, die man trifft. Die meisten der Gewerbetreibenden sind ältere Leute und Invaliden, die sich sehr kümmerlich und sehr mühsam ein paar Pfennige verdienen. Während sonst die Behörden bei den höchsten und allerhöchsten Wucherern und Schiebern sich sehr entgegenkommend und sehr nachsichtig verhalten, kennen sie bei den kleinen Leuten keine Rücksichten. Ferner wurde erwähnt, daß all diese Brutalität auf Veranlassung der Handelskammer geschieht, deren Mitglieder bei der letzten Hausse mühelos Millionen verdient haben. Einer unserer Genossen wies darauf hin, daß die Händler aus ihrer wirtschaftlichen Lage die Konsequenzen ziehen sollten. All ihr Fleiß und ihre Mühe kommt nur den kapitalistischen Ausbeutern zugute. Sie haben daher die Pflicht, gemeinsam mit den Arbeitern, Angestellten und Beamten ihre Lebensinteressen zu verteidigen. Er forderte sie noch auf, die bürgerliche Presse, die für sie nie etwas übrig, hinauszuwerfen und dafür die „Schlesische Arbeiter-Zeitung", die stets ihre Interessen vertritt, zu abonnieren.

Am Schlusse der Versammlung wurde eine längere Resolution angenommen, die auf das schärfste gegen die geplanten neuen Maßnahmen der Behörden protestiert und weiter verlangt, 1. die Abgaben um ein Beträchtliches zu erniedrigen, 2. bei derartigen Fragen die Organisation hinzuzuziehen.

Breslau. **Volkshochschul-Ferien.**

Da der Grippe wegen die Schulen noch eine Woche geschlossen bleiben, beginnen diejenigen Volkshochschul-Lehrgänge, die in Schulen untergebracht sind, erst ab Dienstag, den 17. Januar 1922.

Desgleichen sind auch die Ferien der Fortbildungs- und Fachschulen um 8 Tage verlängert worden, so daß der Unterricht erst am 17. Januar 1922 beginnt.

Zur Verlängerung der Schulferien.

Der Unterricht in der Sozialen Frauenschule und im Sonderlehrgang für Sozial-Beamtinnen beginnt erst Dienstag, den 17. Januar, nur der Mittwoch-Unterricht im städtischen Säuglingsheim findet am 11. Januar, 5—8 Uhr, statt.

Invaliden- und Rentenempfänger.

Der Magistrat teilt mit:

Durch Gesetz vom 7. Dezember 1921 ist die Unterstützung der Rentenempfänger der Invaliden- und der Angestellten-Versicherung sichergestellt worden. Nach den Ausführungsbestimmungen, die am 24. Dezember 1921 ergangen sind, übernimmt die Stadt die Durchführung. Von welcher Dienststelle und wann Anträge auf Unterstützung entgegengenommen werden, wird in Kürze bekannt gegeben.

Versammlungs-Kalender.

Achtung Steinarbeiter! Mittwoch, den 11. Januar, abends $6^1/_2$ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8, Generalversammlung. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung und wegen der Neuwahlen ist es dringend notwendig das jeder erscheint.

Heut abend 7 Uhr im Parteilokal **Fraktionssitzung der Schuhmacher.**

KPD. Dittersbach. Sonntag, den 15. Januar, abends 6 Uhr, in der „Friedenshoffnung": **Mitglieder-Versammlung** verbunden mit einer **Gedächtnisfeier** für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, anläßlich der Wiederkehr des 3jährigen Todestages. Es wird erwartet, daß schon aus diesem Anlaß auch der letzte Genosse und Genossin zur Stelle ist. Die Frauen der einzelnen Genossen sind besonders eingeladen. Die Zehnerführer und Vorstandsmitglieder haben zwecks wichtiger Besprechung schon um $4^1/_2$ Uhr zu erscheinen.

Freiburg. Donnerstag, den 12. Januar, abends 7 Uhr, im „Buchwald" öffentliche Frauen-Versammlung. Thema: „Warum leiden die Frauen Not?" Referentin: Genossin Minna Reichert-Berlin. Alle Frauen müssen erscheinen.

Sämtliche Distriktsführer müssen heute abend auf dem Parteibüro erscheinen.

KPD. Gottesberg. Sonntag, den 15. Januar, vormittags 9 Uhr findet unter Mitwirkung der Arbeitersänger eine Liebknecht-Luxemburg-Gedächtnisfeier statt. Die Genossen müssen ihre Frauen und sympathisierende Arbeiter mitbringen.

KPD. Gribsdorf. Sonntag, den 15. Januar, Mitglieder-Versammlung im „Prinzregent". Wegen der wichtigen Tagesordnung muß jeder erscheinen.

KJD. Breslau. Heute Dienstag, abends $7^1/_2$ Uhr, in der Schule Minoritenhof:

Wichtige Mitglieder-Versammlung.

Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Die Postbezieher

der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" werden gebeten, die Bezugserneuerungen für das nächste Vierteljahr der Post **umgehend** aufgeben zu wollen, damit sie auf die ununterbrochene Zustellung der Zeitung rechnen können. Die Postzeitungsstelle erhebt den erhöhten Abonnementspreis erst ab 1. April, weil die Anmeldung für diesen schon sechs Wochen vor Quartalsschluß erfolgen muß. In der ungeheuren Geschwindigkeit der Geldentwertung ist es unmöglich, für eine derart — von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet — lange Anmeldefrist eine Abonnementspreiserhöhung vorauszusehen. Deshalb bitten wir unsere Postbezieher, die Differenz zwischen eigentlichem und bezahltem Zeitungsgeld (Mk. 1.50) an uns einzusenden.

Die Expedition der Schlesischen „Arbeiter-Zeitung".

Verantwortl. Redakt.: Erich Gentsch; Inserate: Max Zschocke.
Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e.G.m.b.H.
Druck: Püffel & Denigel, sämtlich in Breslau.

Schauspielhaus
Operettenbühne. Tel. R 2565
Heute und täglich $7^1/_2$ Uhr:
Die Tangogräfin.

Liebich-Theater
Täglich $7^1/_2$ Uhr:
Das grosse
Januar-Programm

Gebrauchter kleiner Ofen zu kaufen gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle der „Schlesischen Arbeiter-Ztg."

Zahle für alle
Altmetalle
höchsten Preis.
Otto, Kohlenstraße 1.

Achtung! Wo?
kauft man neue und gebrauchte MÖBEL sowie ganze Einrichtungen am billigsten und vorteilhaftesten?
Bei H. Kluge
Neumarkt 17, vor 1 Eg.

Soeben erschienen:
KARL BREMER
Der nahende Zusammenbruch der deutschen Bourgeoisie u. die K. P. D.
38 Seiten
Preis Mk. 2.—
Zu beziehen durch
CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY, HAMBURG 11
sowie durch alle Buchhandl. u. Organisationen der K. P. D.

Wohnungstausch
Freiburg — Breslau
Auskunft gibt Expedition der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung", Nikolaistraße 49,50.

Genossen
kauft nur in den Geschäften die bei uns inserieren

Hierzu eine Beilage

Wirtschaftliche Rundschau

Die Aufgaben der Gewerkschaften.

Gewerkschaften sind wirksam als Zentren des Widerstandes gegen Uebergriffe des Kapitals. Sie verfehlen im allgemeinen ihren Zweck dadurch, daß sie sich auf einen Guerillakrieg (Kleinkrieg) gegen die Wirkungen des gegenwärtigen Systems beschränken, statt gleichzeitig auf seine Umwandlung hinzuarbeiten und ihre organisierte Kraft als einen Hebel für die endgültige Emanzipation (Befreiung) der arbeitenden Klassen, das heißt die endgültige Abschaffung des Lohnsystems zu gebrauchen.

Karl Marx
in einem Vortrag im Generalrat der Internationale 1865.
(„Lohn, Preis und Profit".)

Der deutsche Außenhandel.

Wir teilten kürzlich mit, daß die passive Handelsbilanz Deutschlands, die vom Mai an bis zum Oktober stark angewachsen war, im November sich wesentlich verringert hat, daß also die Einfuhrmengen und -werte gegenüber den Ausfuhrziffern im November bedeutend gesunken sind. Der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr betrug:

Mai 1921	0,9	Milliarden Mark
Juli 1921	1,4	„ „
August 1921	2,7	„ „
September 1921	3,1	„ „
Oktober 1921	4,2	„ „
November 1921	0,4	„ „

Einige bürgerliche Blätter begrüßten diese plötzliche Veränderung als ein Zeichen der Besserung der deutschen Wirtschaft; zu diesen Blättern gehört auch der „Vorwärts".

In Wirklichkeit kann von einer Besserung keine Rede sein.

1. Daß der Einfuhrüberschuß so stark in den Vormonaten angeschwollen war, liegt daran, daß die deutschen Unternehmer, die ein weiteres Sinken der Mark vorausgesehen hatten, in dieser Zeit sich in hohem Maße mit Rohstoffen für den Winter eindeckten.
2. In der Tat hat bereits im November gerade die Einfuhr von Rohstoffen stark nachgelassen.
3. Dagegen war die Ausfuhr von Fertigfabrikaten von Rohstoffen unvermindert stark, ja, die Ausfuhr an Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen hat im November erheblich zugenommen und war nicht mehr weit von der Vorkriegs-Ausfuhr entfernt.

So zeigen denn gerade die Ziffern des Außenhandels im November, daß in kurzer Zeit eine gewaltige Krise über die deutsche Industrie hereinzubrechen droht; sie zeigen noch ein anderes: Der kommende Mangel an Rohstoffen in Deutschland, verschärft durch gesteigerte Rohstoffausfuhr, wird wohl oder übel dazu [illegible]n, ausländische Rohstoffe, wenn auch in verringertem [illegible] zu Weltmarktpreisen einzuführen, was zur Folge haben [illegible], daß im Inlande die Preise sich allmählich wieder zu Weltmarktpreisen entwickeln, d. h. sich gegenüber den heutigen verdoppeln und verdreifachen.

Wie gewaltig die Stellung der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt immer noch erschüttert ist, geht aus unserem, dem Heft 12 von „Wirtschaft und Statistik" entnommenen Schaubild bereits hervor: Einfuhr und Ausfuhr betragen nur etwa 30 Prozent der Vorkriegsmengen. Wie unser Schaubild zeigt, ist der Anteil der Fertigwaren an der Ausfuhr von 63 Prozent 1913 auf 78 Prozent 1921 gestiegen. Betrachten wir aber den Rückgang der Mengen gegenüber 1913, so ist auch dies kein Zeichen der Besserung. Dazu kommt ein anderes: die Ausfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln ist von 10,4 Prozent auf 3,8 Prozent gesunken. Dahin gehört vor allem das vollständige Aufhören des Zuckerexports, an dessen Stelle im Jahre 1921 gar ein Zuckerimport getreten ist. Der Grund dafür ist der Rückgang der Zuckerproduktion auf etwa die Hälfte des Friedensstandes als Folge der stark gesunkenen Intensität der deutschen landwirtschaftlichen Produktion.

Wichtig ist, daß eine Anzahl Waren heute in größerer Menge ausgeführt werden als im Jahre 1913. So wurden z. B. exportiert: in 1000 Doppelzentnern:

	1913 monatlich	1921 Oktober
Salz	360	667
Hopfen	5	6
Zigarren und Zigaretten	0,5	1,5
Nadelholz	138	440
Steinkohlenteer-Pech	221	233
Holzwaren	66	93
Aluminiumwaren	5	6
Automobile	8	14
Fahrräder	8	8
Spielzeug	51	54
Hüte und Mützen (1000 Stück)	307	437

Nicht sehr weit von der Friedensausfuhr entfernt war ferner die Ausfuhr folgender Erzeugnisse, an denen im Inlande zum Teil großer Mangel herrschte (in Doppelzentner):

	1913 monatlich	1921 Oktober
Konfektion	11,0	9,5
Lederwaren	9,0	7,8
Papier, Pappe	295,0	258,0
Maschinen	406,0	288,0
Elektrotechn. Erzeugnisse	81,0	54,0
Klaviere	18,2	16,0

„Mit elementarer Gewalt" drängte die niedrige Valuta Deutschlands Waren aller Art über die Grenze: so konstatierte am Jahresschluß der Bericht der Berliner Handelskammer.

Gleichwohl blieb im Durchschnitt, nach den Mitteilungen des Statistischen Reichsamts, die Ausfuhr des Oktober 1921, auch wenn sie etwas größer war als in den Vormonaten, immer noch um 60 bis 70 Prozent hinter der Friedenszeit zurück, entsprechend einer um durchschnittlich 40 Prozent gesunkenen Produktion.

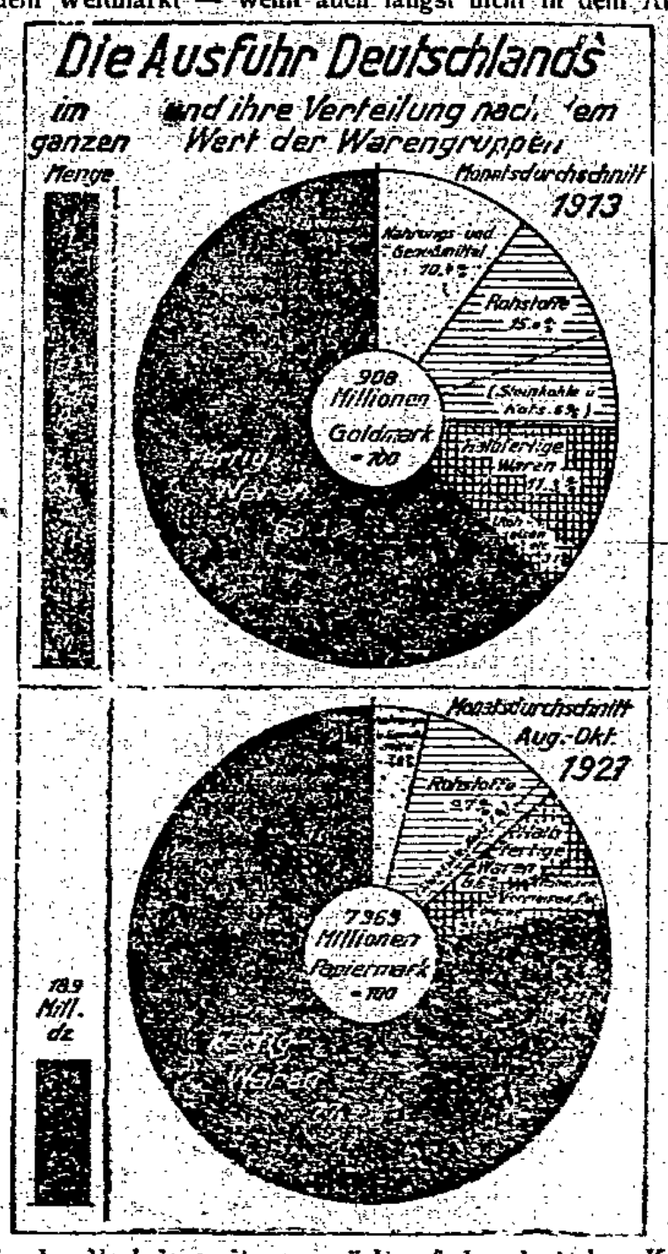
Ein gleich ungünstiges Bild zeigt die Statistik der Einfuhr. Es betrug der Anteil von

	1913	1921
Lebensmitteln	26 %	40 %
Rohstoffe für die Industrie	47 %	35 %

Der (auch verhältnismäßig) stark verminderten Rohstoffeinfuhr steht also eine gesteigerte Einfuhr von Lebensmitteln zum unmittelbaren Verbrauch gegenüber. Dazu schreibt „Wirtschaft und Statistik":

„Steigende Summen fließen mit sinkender Valuta dafür ins Ausland. Die Lebensmittel werden im Lande verbraucht. Die Einfuhr von Rohstoffen, die in nicht unbedeutendem Maße zur Schaffung hochwertiger Ausfuhrgüter dient, ist dagegen im Vergleich zu 1913 weit zurückgeblieben."

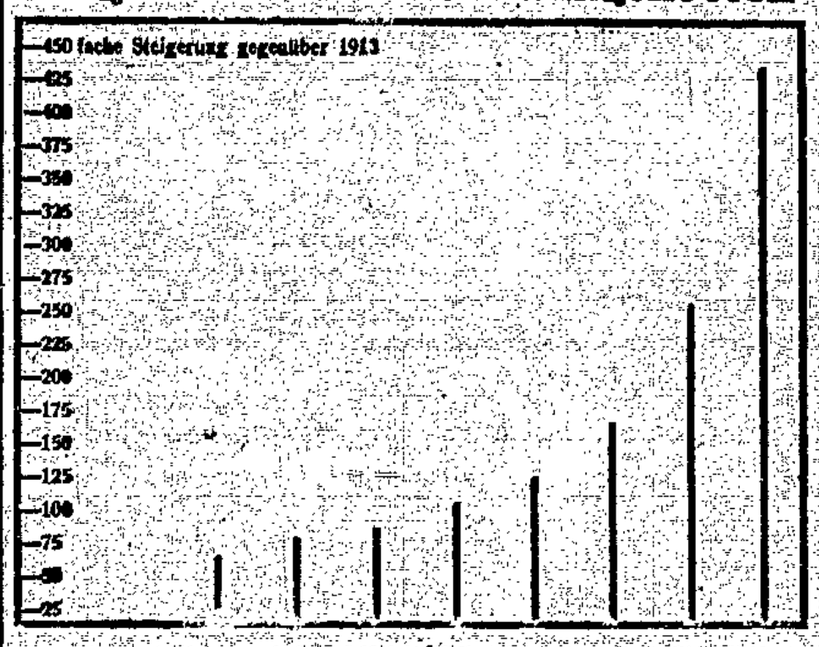
Es stimmt das überein mit dem Bericht der Hamburger Handelskammer, daß bei der Entwertung der deutschen Mark geringere Werte an Rohstoffen importiert als an Fertigwaren exportiert werden und so „die Wirtschaft nur auf immer verkleinerter Basis" fortgeführt wird. „Der Leerlauf der deutschen Wirtschaft nimmt nicht ab, sondern zu", berichtete Generaldirektor Vögler in der Generalversammlung der Eisenhüttenleute. So schlägt die Methode des Valutadumpings, die dem deutschen Kapitalisten ermöglicht, sich Absatzmärkte auf dem Weltmarkt — wenn auch längst nicht in dem Ausmaß

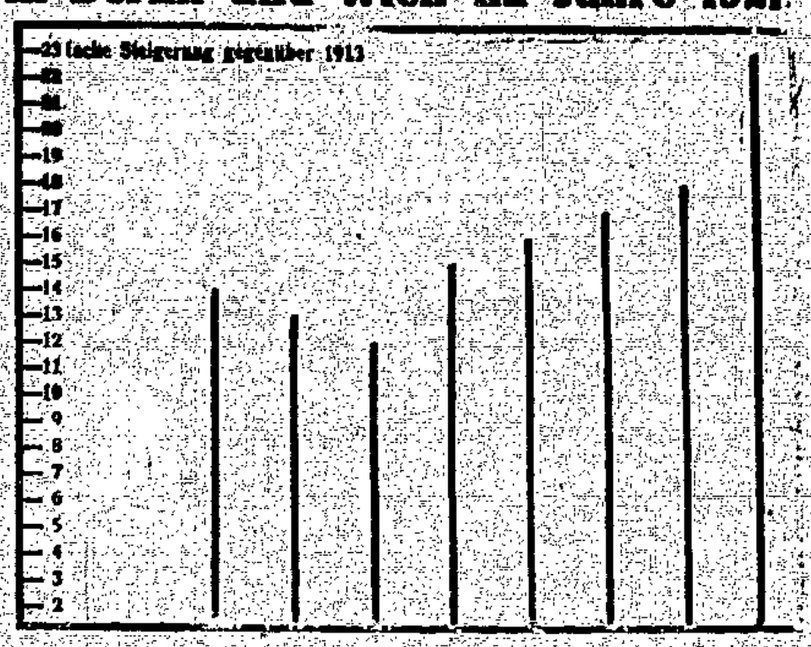


wie in der Vorkriegszeit — zurück auf den deutschen Kapitalisten; trotz der Ausbeutung der deutschen Arbeiterklasse, trotz ihres Kulilohns, der tief unter den Lebenshaltungskosten zurückbleibt hat das deutsche Kapital noch nicht „aufbauen" können. Die Konzentrationsbewegungen im deutschen Kapitalismus, die Anlehnung deutschen an fremdes Kapital, die Verbindung mit dem Agrarkapital: das sind Versuche, über diesem Zustand hinwegzukommen.

Das Bild des deutschen Außenhandels spiegelt somit den unvermindert tiefen Stand der deutschen Wirtschaft wieder. Vor allem aber deutet die Verminderung der Rohstoffeinfuhr bei verhältnismäßig starker Fertigwaren- und Rohstoffausfuhr im November gegenüber den Vormonaten darauf hin, daß der Beschäftigungsgrad vieler Industriezweige sinken und die Arbeitslosigkeit wachsen wird.

Steigen der Lebenshaltungskosten in Berlin und Wien im Jahre 1921.





Wien	Januar	März	Mai	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.
	73 fach	90 fach	92 fach	108 fach	127 fach	170 fach	254 fach	432 fach

Berlin	Januar	März	Mai	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.
	14 fach	13 fach	12 fach	15 fach	16 fach	17 fach	18 fach	23 fach

Unser Schaubild, das wir nach Angaben Dr. Kuczynskis zusammengestellt haben, zeigt die gewaltige Steigerung der Lebenshaltungskosten in Berlin und Wien im Laufe des Jahres 1921. Mittlerweile ist diese Steigerung längst überholt. Die Wiener „Rote Fahne" berichtet z. B., daß in Wien heute ein Laib Brot 300 Kr. und eine Straßenbahnfahrt 50 Kr. kostet. Das sind fast 500fache Steigerungen gegenüber 1913. Aehnlich in Deutschland. Hier haben bis Dezember Mitte nach der „Frankfurter Zeitung" die Preise im Großhandel gegenüber 1913 im Durchschnitt das 36fache erreicht.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland im November 1921.

Nach dem „Reichsarbeitsblatt" vom 31. Dezember zeigt „die Beschäftigungslage" der deutschen Volkswirtschaft zum ersten Male einen gewissen Stillstand, nachdem fast ein halbes Jahr eine ununterbrochen steigende Anspannung der Kräfte beobachtet werden konnte"; und es heißt weiter:

„Es weisen Anzeichen darauf hin, daß dies Nachlassen in den seit langen befürchteten Rückschlag hinüberleiten kann, der um so stärker sich auszuwirken droht, als sich in den Zahlen der Arbeitsmarktstatistik ein Abflauen des durch die gegenwärtige volkswirtschaftlich ungesunde Hochkonjunktur bisher gesteigerten Beschäftigungsgrades „zugleich mit der stillen Zeit in der von der Saison abhängigen Erwerbszweiges andeutet."

Entsprechend zeigt die Arbeitsnachweis-Statistik einen bedeutenden Rückgang an Stellenangeboten in fast allen Berufsgruppen. Insgesamt wurden im November nur 624 000 offene Stellen gemeldet gegen 698 000 im Oktober. Es kamen auf je 100 offene Stellen im November bereits 136 Arbeitsgesuche seitens der Arbeiter gegen nur 128 im Oktober.

Im einzelnen zeigt die Statistik des Reichsarbeitsblattes folgendes:

Vermindert ist die Arbeitslosigkeit im Maschinenbau und der Metallbearbeitung, in der Lederindustrie, in der Holzindustrie, auch in der Nahrungsmittelindustrie und im Reinigungsgewerbe. Sie ist jedoch in diesen beiden letzten Gewerben verhältnismäßig immer noch recht bedeutend: Beträgt der Durchschnitt der Erwerbslosigkeit im November 1,4 Prozent aller Beschäftigten (gegen nur 1,2 Prozent im Oktober), so sind in der Nahrungsmittelindustrie 2,9 Prozent und im Reinigungsgewerbe 4,1 Prozent aller Beschäftigten arbeitslos.

Gleichgeblieben ist der Grad der Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie.

Stark angewachsen ist der Grad der Arbeitslosigkeit bei den Bauarbeitern von 1,2 Prozent auf 4,0 Prozent, bei den Lakierern und Malern von 0,9 auf 4,1 Prozent, ferner in den Gärtnereien von 3,9 auf 5,3 Prozent. Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit in diesen Gewerben ist eine regelmäßige Saisonerscheinung.

Aber auch andere Gewerbe zeigen bereits einen Rückgang des Beschäftigungsgrades: Die Töpfer, bei denen die Erwerbslosigkeit von 0,6 auf 1,1 Prozent gestiegen ist, das Verkehrsgewerbe (von 2,0 auf 2,4 Prozent), Fabrikarbeiter, Gemeinde- und Staatsarbeiter (von 1,4 auf 2,1 Prozent), ähnlich auch die Glasarbeiter, Steinarbeiter, Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Tendenz, die in dieser Entwicklung der Arbeitslosigkeit bereits in der Novemberstatistik liegt, sich in den Angaben für den Dezember noch deutlicher zeigen wird: ein allmähliches Anwachsen der Arbeitslosigkeit, dagegen fast unverminderte Geschäftigkeit in den meisten Zweigen der Exportindustrie.

Wiener Hungerpreise.

Zu Beginn des Jahres 1922 waren in Wien die Löhne und Gehälter durchschnittlich auf das 200fache gestiegen. Wichtige Lebensmittel sind dagegen weit mehr gestiegen. Man bezahlte in der Wiener Großmarkthalle nach der Wiener „Roten Fahne":

	Preis:	Steigerung:
für 1 kg Rindfleisch	600—900 Kr.	400fach
für 1 kg Schweinefleisch	1300—1750 Kr.	700fach
für 1 kg Speck	1500—1700 Kr.	650fach
für 1 Stück Kernseife (¼ kg)	310 Kr.	1000fach
für ½ kg Malzkaffee	280 Kr.	800fach

Lohnabbau in England.

Nach dem „Berliner Börsencourier" vom 3. Januar ist das einzige Mittel der britischen Industriellen Absatzmärkte zu gewinnen, der Lohnabbau. So wurden die Hochofenarbeiter von Cleveland gezwungen, sich mit einem sofortigen Lohnabbau einverstanden zu erklären.

„Damit stellt sich diese Arbeiterschicht auf den richtigen Standpunkt, daß auch die Arbeiterschaft ökonomische Opfer bringen muß, um den Wiederaufbau des Geschäfts zu fördern," schreibt dazu der „Börsencourier", und er deutet mit diesen Worten an, vielleicht im Hinblick auf die auch nach Deutschland kommende Krise, daß nach Meinung des Unternehmertums die deutschen Arbeiter „zum Wiederaufbau des Geschäfts" noch ganz andere Opfer bringen sollen als heute.

Von der Kohlenindustrie Schantungs.

In dem Kampf der Vereinigten Staaten und Japans um China spielt die chinesische Provinz Schantung, auf die Japan seine Hand gelegt hatte, um deswillen eine Rolle, weil sie reiche Kohlenlager hat, während Japan nur über geringe Kohlenmengen schlechter Qualität verfügt.

Die Kohlenindustrie Schantungs ist zuerst von der deutschen Industrie in der Zeit entwickelt worden, als Schantung noch deutsche Interessensphäre war. Vor 19[illegible] förderten die Zechen von Fangtze nur 9000 Tonnen. Nach der Besitzergreifung durch Deutschland stiegen die Förderungen auf 199 000 Tonnen. Im Weltkrieg haben die Deutschen die Zechen zerstört. Nach ihrem Wiederaufbau durch die Japaner ist ihre Förderung im Jahre 1920 bereits wieder auf 100 000 To. gestiegen. Andere deutsche Zechen in Posham und Tsuchuan ergaben 1913 440 000 Tonnen. Nach ihrer Uebernahme durch die Japaner stieg die Produktion bei einer Belegschaft von 4000 Chinesen und 1000 Japanern 1919 auf 450 000 Tonnen und 1920 auf 510 000 Tonnen. Von diesen werden mehr als 2000 To. jährlich für die japanische Marine ausgeführt.

Die Kohlenvorräte Chinas sind ungeheuerlich, das geförderte Brennmaterial kommt in Güte der englischen Cardiff-Kohle nahe, aber wenn die Förderung auch stark steigt, wenn sogar in den letzten Monaten gute chinesische Kohle bis nach Dänemark und Holland exportiert wurde, so ließe sich die Förderung bei technischem Ausbau der Bergwerksanlagen bald verzehn- und verhundertfachen. So lockt China nicht nur als Absatzmarkt das ausländische Kapital auf seinen Boden, sondern in gleichem Maße als Rohstoffmarkt, besonders durch seinen Reichtum an Erzen und Kohle.

Die nächsten Aufgaben der Kommunistischen Internationale.

Von Karl Radek.

I.

Kurz nach der Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands auf dem Kongreß in Halle und nach der Bildung der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands trat diese mit einem „Offenen Briefe" an die Sozialdemokratie, Unabhängige Sozialdemokratie und an die Gewerkschaften heran mit dem Vorschlag des gemeinsamen Kampfes um die nächsten aktuellen Interessen der deutschen Arbeiterklasse. In den Massen der Mitglieder der deutschen Komunistischen Partei wurde dieser Schritt mit großer Freude aufgenommen. Bei einem Teile der führenden Genossen der K.P.D., wie der Internationale, erweckte er Befremden. Erst haben wir die Spaltung von den rechten Unabhängigen propagiert, sie als Verräter den Massen dargestellt, und nun sollen wir ihnen gemeinsame Aktionen vorschlagen, und das sogar zusammen mit den Scheidemännern und den Gewerkschaftsführern, die während des Krieges das Proletariat an das von Blut triefende Kapital ausgeliefert haben! Nicht weniger Befremden erweckten die Forderungen, die wir in dem „Offenen Briefe" gestellt haben. Kein Wort war dort gesagt von der Diktatur des Proletariats, ja sogar die aktuellen Forderungen waren keinesfalls agitatorisch übertreibend, sondern umgekehrt, außerordentlich nüchtern und bescheiden formuliert: es stand ihnen an der Stirn geschrieben, daß sie so gefaßt wurden, daß niemand sagen könnte, es handele sich hier nur um Agitationslosungen. Das Befremden eines Teils der führenden Genossen hatte seine historischen Gründe, wie die Zustimmung der kommunistischen Arbeiter in Deutschland politisch das Richtige traf.

Das Befremden war darin begründet, daß hier aus einer Situation heraus — der Schritt wurde getan im Januar 1921 angesichts sich anbahnender großer Wirtschaftskämpfe — eine Taktik eingeschlagen wurde, die der bisherigen zu **widersprechen** schien, die jedenfalls neu war.

Auf der anderen Seite aber schien es den Kommunisten der Werkstatt, daß durch diese Taktik sie die Möglichkeit bekommen, mit einer **frischen erfolgreichen Agitation bei ihren Arbeitskollegen einzusetzen.** Sie fühlten, daß die Spaltung in Halle notwendig war, weil sie sich überzeugt hatten, daß die Dittmann, Crispien und Hilferding durch revolutionäre Phrasen ihren wirklichen Unwillen zum revolutionären Kampfe verhüllten. Aber gleichzeitig fühlten sie, daß **diese Spaltung einstweilen einen tiefen Graben zwischen ihnen und nicht nur ihren bisherigen Parteigenossen, sondern auch den breiten Massen der Arbeiter aufgeworfen hat.** Diese Arbeitermassen sehen, wie das Kapital überall zum Angriff auf die Arbeiterklasse übergeht, und jede Spaltung empfinden sie als einen Dolchstoß in den Rücken: sie empfinden sie als Zersplitterung der Arbeiterschaft. Wie sollten die kommunistischen Arbeiter diese Entfremdung überwinden? Indem sie den nichtkommunistischen Arbeitern die Notwendigkeit des Kampfes und die Diktatur bewiesen? Aber die nichtkommunistischen Arbeiter sind in der Sozialdemokratie und der Unabhängigen Sozialdemokratie eben darum verblieben, weil sie der Meinung waren, man könne auch mit den bisherigen Mitteln weitere Fortschritte machen. Der einzige Weg, um an diese nichtkommunistischen Massen heranzukommen, bestand darin, **anzuknüpfen an ihre aktuellen Nöte, sie zu unterstützen in dem Kampfe um die nächsten Forderungen,** die diese Massen für notwendig und unumgänglich halten. Übernahm aber die Kommunistische Partei Deutschlands die Pflicht, Vorkämpferin zu sein in den täglichen Lebensnöten, dann hatte sie den Boden zur Einigung mit der Arbeitermasse und die Möglichkeit, der Arbeitermasse viel anschaulicher die Notwendigkeit des Kampfes um die Diktatur zu zeigen, als es bisher geschah. Wenn die Arbeitermasse bei der jetzigen Zerrüttung des Kapitals den Kampf begann um eine Erhöhung des Lohnes, die irgendwie Schritt halten würde mit der Erhöhung der Preise, so würde sich in diesem praktischen Kampfe nicht nur der Gegensatz des Proletariats zur bürgerlichen Demokratie von selbst ergeben, sondern die Notwendigkeit viel tiefer eingreifender ökonomischer Übergangsforderungen, wie z. B. die Forderung der Kontrolle der Produktion. Und dieser Kampf würde, wenn durchgeführt, entweder die sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer nötigen, unter dem Druck der Massen weiter nach links zu gehen, oder zu versagen, nicht in der Frage Diktatur oder Demokratie, die sie immer noch verwirren können, weil die Arbeitermassen die demokratischen Illusionen noch nicht endgültig verloren haben, sondern in der Frage der Arbeitszeit und des Brotes, also in Fragen, wo die Arbeiter viel klarer sehen.

Der Kampf, den die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer sofort gegen die neue Taktik der Kommunistischen Partei in der wütendsten Form begonnen haben, zeigte, wie richtig diese Taktik war. Daß die Kommunistische Partei Deutschlands schnell sich um einen Schritt zurückzog, indem sie die sozialdemokratische und Gewerkschaftsbürokratie nicht von vornherein als Verräter behandelte, sondern ihr eine gemeinsame Kampffront vorschlug, daß die Kommunistische Partei Deutschlands den Kampf nicht um ihre letzten Ziele, sondern um die nächstliegenden in Vorschlag brachte, die den Arbeitern ohne Parteiunterschied einleuchteten, minderte nicht die Werbekraft der Kommunistischen Partei Deutschlands, sondern umgekehrt, stärkte sie. Die Sozialdemokraten haben den ersten Ansturm abgewehrt. Aber die Kommunistische Partei Deutschlands hat durch ihn ihre Basis in den Gewerkschaften gestärkt und ausgebreitet und sie hatte wieder günstigen Wind in den Segeln. Sogar die Fehler, die sie in der Märzaktion beging, und den Schaden, den diese ihr zugefügt haben, überwand sie durch nichts anderes als eben durch die Methode des „Offenen Briefes". Und es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß der Kampf um die gemeinsame Arbeiterfront, den sie jetzt angesichts der großen Krise durchführt, die Deutschland erlebt, sie zur großen Macht in der deutschen Arbeiterklasse machen wird. Der wütende Gegenangriff, zu dem die Sozialdemokraten und Unabhängigen mit Unterstützung der gesamten bürgerlichen Presse übergegangen sind, den sie auf Grund der wirklich in der Märzaktion begangenen oder der fingierten Fehler gegen die Kommunistische Partei Deutschlands führen, beweist, daß sie ausgezeichnet verstehen, daß die Kommunistische Partei in der neuen Taktik eine wuchtige Waffe gegen sie in den Händen hat.

II.

Die Taktik der gemeinsamen Arbeiterfront ist, wie jede taktische Wendung einer größeren Partei, nicht durch doktrinäre Kalkulation einzelner Leute entstanden. Sie wurde nicht erfunden, sondern gefunden. Nachdem sie durch die Zentrale der K.P.D. in der Sitzung der Vertreter aller Bezirke vorgeschlagen wurde, zeigte sich, daß eine **ganze Reihe Provinzorganisationen der Partei schon früher diesen Weg beschritten hatten:** so die Kommunisten in Rheinland-Westfalen und in Stuttgart. Die Taktik war begründet durch die **praktischen** Bedürfnisse der deutschen Bewegung.

Bald zeigte es sich, daß sie auch den Bedürfnissen in den anderen Ländern entsprach. Die Kommunistische Partei der **Schweiz** wandte sie an und sogar unsere **italienischen** Genossen, die, da sie erst vor kurzem sich von der Sozialdemokratischen Partei getrennt haben, in der erbittertsten Gegnerschaft zu Serrati standen, schlugen der italienischen Partei bei der Hilfe für Sowjet-Rußland gemeinsame Sammlungen vor. Wenn sie aber eine gemeinsame Front mit der Sozialistischen Partei aufzurichten versuchen, um dem russischen Proletariat Hilfe zu leisten, warum soll sie nicht versuchen, die gemeinsame Front zum Kampfe gegen die Faszisti-Banditen herzustellen? Serrati und sein Führerklingel ist nicht zuverlässiger im Verhältnis zu Rußland, wie im Verhältnis zur Frage im Kampfe gegen die Faszisten. In der einen wie der anderen Frage gewinnt die Kommunistische Partei, falls es gelingt, die Sozialistische Partei beim Worte zu nehmen und in den Kampf zu treiben, wie wenn die Sozialistische Partei sich in einer praktischen Frage, die die Arbeitermassen klar übersehen, entlarvt, wenn sie zeigt, daß Worte der Sozialdemokraten anders sind als ihre Taten. Und wie liegt die Sache in **Schweden?** Die Bourgeoisie ist gespalten und kann keine bürgerliche Regierung bilden, obwohl sie die Mehrheit der Wahlstimmen erhalten hat. Die Sozialdemokraten wollten eine Koalitionsregierung mit den Liberalen zustande bringen. Aber die Liberalen lehnten es ab. Die Sozialdemokratie als stärkste Partei im Staate mußte die Regierung übernehmen, aber sie kann sich nicht an ihr halten, wenn die Kommunistische Partei Schwedens ihr die Unterstützung im Parlament entzieht. Die Kommunistische Partei Schwedens hat nur den siebenten Teil der sozialdemokratischen Stimmen erhalten. Die große Mehrheit der organisierten Arbeiter steht im Lager Brantings. Hilft die Kommunistische Partei Schwedens der Bourgeoisie, Branting zu stürzen, so werden der schwedischen Arbeiterklasse die Erfahrungen mit der Branting-Regierung erspart. Die Entwicklung, der Verlust der Illusionen, wird verlangsamt, ja, umgekehrt, die sozialdemokratischen Arbeiter werden der Kommunistischen Partei den Vorwurf machen, daß sie sie geprellt habe um die Erleichterungen ihrer schweren Lage, die ihnen die sozialdemokratische Regierung bringen konnte. Wird aber die Kommunistische Partei die Branting-Regierung solange unterstützen, solange diese durch Kompromisse mit der Bourgeoisie nicht selbst die Arbeiter enttäuscht, so wird der Einfluß der Kommunisten wachsen.

In einer ganzen Reihe von Ländern hat sich die Taktik des Kampfes um die gemeinsame Front der Arbeiterklasse als notwendig gezeigt. Wenn sie aber für die Kommunisten nützlich ist in dem Rahmen einzelner Staaten, so ist sie zulässig auch im internationalen Maßstabe. Es ist nur die Frage, ob sie auch im internationalen Maßstabe nützlich ist. Die Kommunistische Internationale und die Rote Gewerkschaftsinternationale haben sich an die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale gewandt mit dem Vorschlag der gemeinsamen Organisation der Hilfe für Sowjetrußland. Haben wir etwas verloren, daß die Amsterdamer Herren es abgeschlagen haben? Nein. Sie haben gezeigt, was ihr Geschrei von der Arbeiter-Solidarität wert ist. Werden wir etwas verlieren, wenn wir ihnen vorschlagen, gemeinsam aufzutreten gegen die **neuen Kriegsgefahren, die Washington enthüllt hat?** Sollen sie es abschlagen! Dann werden die Arbeiter aller Länder sagen: die Amsterdamer sind Lakaien des internationalen Imperialismus, ja der Rüstungsindustrie! Sie schreien: „Nie wieder Krieg!" aber wenn es sich um gemeinsame Demonstrationen des Proletariats handelt, kriechen sie in ihre Löcher. Und wenn wir ihnen vorschlagen, zusammen zu kämpfen **gegen die Gefahr der Besetzung des Ruhrgebietes durch den französischen Imperialismus,** gegen die Gefahr der vollkommenen Versklavung Deutschlands, die das deutsche Proletariat zum Lohndrücker des internationalen Proletariats machen würde? Und wenn wir ihnen vorschlagen, zusammen zu demonstrieren für **die Anerkennung Sowjet-Rußlands** und einer Anleihe zwecks Wiederherstellung der russischen Wirtschaft, ohne die die Wirtschaftskrise und damit die Arbeitslosigkeit in allen Ländern sich nur steigern wird? Schlagen sie das alles ab, so sehen die Arbeiter aller Länder, daß die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, daß die 2. und 2½. Internationale ihren nächsten Interessen ins Gesicht schlagen, daß sie die nationale und internationale Zerklüftung der Arbeiterklasse verewigen wollen, daß sie freiwillig Koalitionen mit der Bourgeoisie schließen, nicht wie sie es bisher gesagt haben, weil die zerklüftete Arbeiterklasse es unmöglich macht, einen einheitlichen Druck auf die Bourgeoisie auszuüben und in verschiedenen Ländern, wie Deutschland, England, Schweden, eine Arbeiterregierung an Stelle der bürgerlichen zu setzen, sondern weil sie das Bündnis mit der Bourgeoisie wollen. Nehmen aber die Vertreter der 2. und 2½. Internationale und der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale unsere Vorschläge an, dann werden wir, gestützt auf die Arbeitermassen, versuchen, sie Schritt für Schritt **vorwärts zu treiben,** und jede ihre Halbheit wird sich gegen sie wenden.

Die neue Taktik bietet so zweifellose Vorteile, eröffnet für den internationalen Kommunismus, für den Klassenkampf des Proletariats so günstige Perspektiven, daß sie zweifelsohne zum Gemeingut aller kommunistischen Parteien wird. Wenn das aber so ist, so müssen ihr gewisse **allgemeine Änderungen in der internationalen Lage zugrunde liegen.** Wir sagen Änderungen, denn es ist klar, daß wir in den Jahren 1918/1920 mit anderen Methoden gekämpft haben. Wir haben damals den sozialdemokratischen Parteien im allgemeinen nicht nur kein gemeinsames Vorgehen vorgeschlagen — obwohl in einzelnen Fällen wir auch damals so vorgingen —, sondern wir haben mit allen Mitteln ihre Spaltung betrieben. Wir haben früher mehr die **allgemeinen Losungen** der Diktatur der Sowjetregierung in den Vordergrund gestellt, während wir jetzt, ohne irgendwas an unseren allgemeinen Forderungen zu ändern, konkrete Übergangsforderungen in den Vordergrund stellen. Worin bestehen diese Änderungen, was ist ihr Wesen? Auf diese Frage gilt es eine Antwort zu geben, wenn wir das Neue in der Taktik verstehen und richtig anwenden wollen.

III.

Genosse Trotzki hat seine Referate übe[illegible]internationale Wirtschaftslage und die Aufgaben der Kommu[illegible]schen Internationale, die er vor und nach dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale gehalten hat: „Die neue Etappe" betitelt. **Worin besteht nach ihm die neue Etappe?** Sie besteht darin, daß während des Kriegs und in der ersten Zeit nach seiner Beendigung in der **Demobilmachungsperiode,** die ungefähr bis zum Abschluß des Versailler Friedens gedauert hat, die Möglichkeit bestand, trotz der Schwäche der kommunistischen Parteien, die bürgerlichen kapitalistischen Regierungen über den Haufen zu rennen. Die vom Kriege zurückflutende bewaffnete Arbeitermasse war voll Willens, bessere Lebensbedingungen zu erringen und der kapitalistische Staatsapparat war so erschüttert, daß er bei ihrem Andrang zusammenstürzen konnte, selbst wenn sich die Arbeiterklasse nicht die Eroberung der Macht zum direkten Ziele stellte. Die Demobilisationskrise wurde von der Bourgeoisie überwunden, einerseits dank der Tatsache, daß ihr die Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie überall helfend unter die Arme griff, andererseits dank der vorübergehenden Nachkriegskonjunktur, die bis zum Sommer 1920 andauerte und die ihre Quelle in dem enormen Warenbedarf der durch den Krieg ausgehungerten Welt hatte. **Die Überwindung der Demobilisationskrise machte einen neuen generellen Ansturm der Arbeiterklasse abhängig von der weiter fortschreitenden Zersetzung der Weltwirtschaft, von der weiteren Verschärfung der in Versailles nicht gelösten weltpolitischen Gegensätze und von dem Absterben der Illusionen, die durch die demokratischen Umwälzungen des Jahres 1918 und durch die Konjunktur der Jahre 1918/20 geboten worden sind.**

(Schluß folgt.)

Rußlandhilfe.

Der weiße Teppich.

[illegible] Winter... Schnee... Einem gewöhnlichen Verstand [illegible] diese Worte nicht viel; allenfalls nur dann etwas, wenn [illegible] bei diesem oder jenem der Kampf um die Daseinsbedingungen [illegible]schärft.

In den russischen Hungergouvernements bedeckt dieser weiße Teppich aber nicht nur Menschen, sondern auch ihre Hoffnungen.

Durch den Winter werden die Leiden der Hungernden mit [illegible] Maße verzehnfacht. Langsam beginnen Nachrichten durch[illegible] über die unerträglich schwere Lage der Flüchtlinge: unter [illegible] Sonnenstrahlen zu rösten, vom Regen bis auf die Haut [illegible] zu werden, sind zwar Mißgeschicke, aber noch sehr erträgliche. Wenn man aber im Hemd dem Frost ausgesetzt ist, so [illegible] das eine übermenschliche Forderung, die nur eine Folge haben [illegible] — Tod durch Erfrieren. Ganz wenige Glückliche nur werden [illegible] einer schweren Erkältung davonkommen. Kein Wunder also, [illegible] die russischen Städte — Moskau nicht ausgenommen — [illegible] Kranken überfüllt, die Eisenbahnstationen mit den Leichen [illegible] Flüchtlingen und Auswanderern bedeckt sind. Kein Wunder, [illegible] sich die Typhusepidemie wie eine breite Lawine über das [illegible] dahinwälzt und — in erster Linie selbstverständlich — die [illegible]gergebiete heimsucht. Der Schnee hat das letzte Futter für [illegible] Vieh, die letzten Nahrungssurrogate für Menschen unter seiner [illegible] Hülle begraben. Diese Wurzeln und Kräuter besaßen doch [illegible] ihr Gutes, selbst wenn sie nur den einen Vorteil hatten, daß [illegible] Gegengift gegen Skorbut enthielten, d. h. den Eintritt der [illegible]lichen Hungerkrankheit verzögerten.

Die schwerste Zeitperiode ist jetzt angebrochen. Der Typhus [illegible] und in naher Zukunft kann man Skorbut und andere [illegible]ngerkrankheiten gewärtigen. Der Tod hält schon jetzt reiche [illegible]; die Zukunft verspricht ihm aber eine noch größere.

Angesichts dieser Gefahr müssen wir rückhaltlos zugeben, [illegible] wir bei weitem nicht das tun, was wir können und müssen. [illegible] sage ich: einige Genossen haben große Ähnlichkeit [illegible] dem alten Moskauer Kaufmann, der seine Sünden mit einem [illegible] Kerzen tilgen wollte. So denken auch wir oft, mit einer [illegible] Kollekte, mit einer zufälligen Spende, unsere „Pflicht [illegible] zu haben."

Der Eintritt des Winters muß endlich diese schläfrige, lethar[illegible] Stimmung beseitigen. Wenn sich nicht jeder einzelne selbst [illegible] der Erkenntnis aufschwingen kann, daß der weiße Teppich [illegible] täglich [illegible] unter Kinder und [illegible] bedeckt, so müssen wir jeden zwingen voll und ganz seine Pflicht zu tun.

Keine Stunde ist mehr zu verlieren. Der Hunger und die Kälte brüllen diese Worte mit einer schrecklichen Stimme in die Welt hinaus.

Mit dem Transport der Arbeiterhilfe nach Sowjet-Rußland.

Von Otto Schulz (Berlin).

In Petrograd haben uns Besserwisser die Ohren vollposaunt mit allerhand Schauermärchen über den Zustand der russischen Eisenbahnen: die Sabotage auf den Provinzstationen, die Gefahr von Banditenüberfällen und weiß Gott noch was sonst alles; vor allem aber von den Diebstählen auf der Eisenbahn. Da wird erzählt, daß die Waggons von unten angebohrt werden, die Waggondecke wird abgehoben, künstliche Zusammenstöße hervorgerufen und zum Schluß noch ganze Waggons auf offener Strecke einfach abgehängt. Den naiven Gemütern standen die Haare zu Berge. Dann hatten wir Gelegenheit, mit eigenen Augen die Verhältnisse zu sehen und in das „Chaos" hineinzufahren. Und siehe da, von Petrograd nach Moskau benötigte der Transport zweieinhalb Tage. Volle zwei Tage weniger, als unter normalen Verhältnissen und in der Kriegszeit sich der gewöhnliche Gütertransport zwischen Petrograd und Moskau abgewickelt hat. Nirgends hatten wir längeren Aufenthalt als höchstens drei Stunden, die Maschine zu wechseln oder den fahrplanmäßigen Schnellzug durchzulassen. Zwar waren die Mehrzahl der Güterbahnhöfe die wir zu passieren hatten, vollgestopft mit rollendem Material. Der Prozentsatz der gebrauchsfähigen Waggons ist sehr klein im Verhältnis zu dem vorhandenen [illegible]material. Dieses stopft die Strecken so schrecklich voll. Aber wir hatten bald heraus, warum wir so überraschend glatt überall durchkamen. Es besteht ein besonderer Befehl: Alle Züge, die Nahrungsmittel und Waren aus dem Ausland für die Hungernden an der Wolga bringen, sind vor allen Personenzügen und allen Transportzügen [illegible] zu befördern, und zwar unter persönlicher Verantwortung der Vorsteher der einzelnen Eisenbahnstationen. Eine eigene Behörde beim allrussischen Zentralhilfskomitee ist organisiert, die für die gesamten Transporte dieser Hilfssendungen und für die Bewachung sorgt. Diese Behörde besitzt ganz außerordentliche Vollmachten; kein Befehl irgend eines Kommissariats darf die Anordnungen dieser Behörde kreuzen. Und das wichtigste: sie besitzt auch weitgehende Strafgewalt. Die Vorsteher der Eisenbahnstationen wissen davon zu erzählen. [illegible] russischer Gleichmut oder [illegible] Organisation solche Befehle noch übersehen haben. Als aber die Ersten eingesperrt waren, als die militärischen Arreststrafen nur so hagelten — denn der Beamte, der heute für drei oder acht Tage eingesperrt wird, bleibt auf seinem Platz; er tritt nach Verbüßung der Strafe seinen Dienst wieder an —, als die neue Organisation durchzugreifen begann, seitdem ging alles wie am Schnürchen.

Selbstverständlich sind die Schauermärchen von den Diebstählen und den Beraubungen der Waggons glatter Schwindel. Wer aus Westeuropa kommt, wird sich sogar darüber wundern, wie wenig im Vergleich zu Westeuropa auf der Eisenbahn verschwindet. Uns fehlen bei dem gesamten Transport von 56 Waggons nach Durchzählung der Ladung, als dieselbe schon zwei Tage ohne Bewachung gestanden hatte, im ganzen zwei Faß Heringe. Waren sie auf dem Schiff geblieben? Waren sie beim Ausladen am Quai verschwunden — wir hatten immer sehr zahlreich internationale Gäste um uns, und gestohlen wird schließlich in Petrograd ebenso wie in Hamburg, Rotterdam oder Marseille — oder waren sie zu guter letzt auf dem Güterschuppen verschwunden? Wir meldeten den Verlust der zuständigen Behörde. Unser Vertreter stieg ins Auto und jagte von Instanz zu Instanz, alles der zwei Faß Heringe wegen. Und siehe da, obwohl im Ernst niemand daran dachte, die Heringe wiederzusehen, — nach 12 Stunden waren die beiden Fässer gefunden.

Wir haben auch mit anderen Organisationen, die nach Petrograd Lebensmittel bringen und dort verladen, gesprochen. Es heißen, wenn es die Amerikaner, die geborenen Organisatoren, sagen. Umso schärfer sahen wir uns die Leute dann an, die uns die Ohren vollgeblasen hatten. Es berührt einen menschlich traurig, daß solche Leute, Feinde des Volkes, von der neuen Zeit nichts begriffen haben. Sie sehen nichts von dem Wunder an Initiative und Organisation, das das Hilfswerk der Sowjetregierung zustandegebracht hat. Kein Hauch von brüderlichem gibt nur eine Meinung: Es klappt alles großartig. Das will was Solidaritätswillen und allmenschlicher Verständigung hat diese Menschen erfaßt. Sie, sind schon eingedorrt und sie werden sterben, ohne die Hoffnung einer besseren und glücklicheren Zukunft auch nur begriffen zu haben.

Unser Transport bis Kasan verlief überall glatt. In Moskau kamen wir nur für einige Stunden aus den Waggons heraus. Unser Zug wurde, so wie er war, umgeleitet. Wir bekamen noch einige Waggons zu, und ehe wir uns noch schlüssig werden konnten, ob wir die Moskauer Genossen aufsuchen sollten, waren wir schon nach Kasan unterwegs. Wir hörten noch, daß unser Zug bereits der dritte Transport ist, der Moskau auf dem Wege nach Kasan passierte. Seit dem 5. Dezember arbeiten bereits unsere Genossen von den ersten beiden Transporten in Kasan.

Die proletarische Frau

Das Lied der Mutter.

Mein Kind, mein Kind! In Knospenhülle ruht
Dem Sorgenblick entzogen noch dein Los.
Du lebst von meiner Achtsamkeit und Hut.

Mein Kind, mein Kind! Du wirst nun langsam groß
Und tust erstaunte Blicke in die weite Welt.
Längst zieht es dich nicht mehr nach meinem Schoß.

Mein Kind, du bist schon auf dich selbst gestellt
Gleich einem Strom gewinnst du eigenen Lauf
Zu Fernen, die kein Lichtstrahl noch erhellt.

Mein Kind, ein neues Volk wuchs mit dir auf!
Wird, was wir nur geahnt, in euch Gestalt?
Zieht, was wir nun ersehnt, mit euch herauf?

Mein Kind, die Zeit zerstob, ich werde alt,
Wird Eurer Kinder Zukunft anders sein?
Wenn unsere bangen Stimmen längst verhallt?
Wo Männer knirschten, werdet Ihr befreien?

Die Ehe im kapitalistischen Zeitalter.

Von Eduard Fuchs.

Zusammengestellt nach dem dritten Bande der Sittengeschichte: „Das bürgerliche Zeitalter", erschienen im Verlag Albert Langen, München.

Die Ehe ist im bürgerlichen Zeitalter im ausgeprägtesten Sinne zur Vernunftehe geworden. Eine Ausnahme davon machen nur die Arbeiterehen. Aber auch diese nur zu einem gewissen Teil. Zehntausende von Arbeiterehen werden ebenfalls nur deshalb geschlossen, weil ein Haushalt zu zweien billiger ist als zwei Einzelhaushalte. Diese typische Allgemeinerscheinung hindert natürlich nicht, daß trotzdem jahraus, jahrein, in den verschiedensten Klassen auch wirkliche Liebesehen geschlossen werden, daß die Natur ununterbrochen den verfeinertsten Kalkulationen ein Schnippchen schlägt. Aber es kommt auf die Regel, die Tendenz, den Hauptwesenszug an. Und dieses ist die reine Vernunftehe, bei der alle im höheren Sinne menschlichen Verknüpfungsformen ignoriert bleiben und ausgeschaltet werden, im Gegensatz zu der von der bürgerlichen Ideologie geforderten Liebesehe, die das materielle Kalkül ebenso kategorisch ausgeschaltet wissen will, zugunsten einer tiefbegründeten Seelengemeinschaft. Gewiß gab es immer Geldheiraten, gewiß wurden bei den besitzenden und herrschenden Klassen, Stand, Konnexionen usw. beim Eheschluß stets vorne angestellt, aber der Warencharakter der Liebe trat bisher doch nie so rein in Erscheinung wie in der modernen bürgerlichen Gesellschaft. Und darum gibt dieser der bürgerlichen Ehe ihr hervorstechendes Gepräge. Diese Tatsache kann nur von Schönfärbern bestritten werden. Ein Kaufmann will selbständig werden, also heiratet er eine Frau mit Geld. Ein anderer will sein Geschäft vergrößern, also tut er dasselbe. Ein dritter erstickt in Schulden; der erste und überhaupt allein ernstlich von ihm erwogene Ausweg ist, eine Frau mit Geld zu heiraten. Man will in seiner Karriere sicher und möglichster Vermeidung von Gehirnstrapazen vorwärts kommen, also heiratet man Konnexionen oder Geld, oder, wenn möglich beides zusammen. Auf der Seite der Frau dominiert naturgemäß dasselbe Rechenexempel. Sie tauscht ihr Geld gegen Rang ein, das gleiche tut sie mit ihrer Schönheit; ihre Verwandtschaft kapitalisiert sie in eine Sicherheit der Existenz. Stimmt die Rechnung, dann stimmt alles andere. Dann ist die Erwählte eine Schönheit, eine gute Hausfrau, eine würdige Repräsentantin, kurz das, was man sucht. Der Mann ist ein gediegener Charakter, ein hervorragender Geschäftsmann, eine schöne Erscheinung usw. Auf diese Weise salviert sich die Moralheuchelei in der selbstgeschaffenen Illusion. Das also sind, wie gesagt, nicht mehr Einzelerscheinungen, das ist das Typische. Natürlich hat die landläufige Moral dafür Dutzend rechtfertigende Gründe. Jeder der ins Feld geführten Gründe erweist aber stets das Gleiche, daß die Zunahme der Geldehen die unabweisliche Konsequenz des fortschreitenden Kapitalisierungsprozesses der Gesellschaft ist, der nicht mehr bloß einzelne Schichten, sondern allmählich sämtliche Individuen seinen Gesetzen unterjocht. Für alle Menschen wird Geld und Besitz immer mehr gleichbedeutend mit Macht, Einfluß und Erfolg. Und Besitzlosigkeit wandelt sich ebenso unbarmherzig in Machtlosigkeit, Einflußlosigkeit und Erfolglosigkeit. Die persönliche Tüchtigkeit kann heute ohne Geld verflucht wenig erreichen und von Tag zu Tag immer weniger, aber mit Geld kann heute selbst die Talentlosigkeit die verblüffendsten Erfolge erzielen, und wiederum von Tag zu Tag immer verblüffendere. Wer besitzt, regiert!

Man kann die allgemeine Entwicklung zur reinen Vernunft- und Geldehe, die jung und alt, Schönheit und Häßlichkeit, Indifferenz und drängendes Begehren, unbarmherzig auf der Basis eines geschäftlichen Kalküls zusammenkuppelt, in allen kapitalistischen Staaten sehr deutlich verfolgen. Und zwar an der Hand der verschiedenen Institutionen, die dieses Bedürfnis zu seiner Realisierung bedarf und darum ins Leben rief. Früher waren der Ball und die Gesellschaft die fast einzig üblichen öffentlichen Kuppelmärkte, aber das sind die Formen des Kleinbetriebes. Gewiß werden auf diesen als „Fleischmärkte" verhöhnten öffentlichen und privaten Bällen immer noch zahlreiche Beziehungen angeknüpft. Aber immer mehr durch die beruflichen Heiratsvermittler, die man über seine speziellen Wünsche informiert hat und die die wichtigsten und naturgemäß peinlichsten Vorarbeiten erledigen. Die Zahl der professionellen Heiratsvermittler ist heute in jedem Lande eine ganz ungeheure. Und wenn sie früher nur verschleiert tätig waren, so bieten sie heut offen in allen Zeitungen ihre Dienste an. Es gibt darunter Institute, die mit aller Welt Verbindungen pflegen. Nur die wenigsten Menschen haben gemeinhin eine Ahnung, wie umfang- und erfolgreich die Tätigkeit dieser Büros ist.

Wenn über den Umfang der Tätigkeit professioneller Heiratsvermittler Unklarheit herrschen kann und ebenso darüber, wie überwiegend die rein materiellen Gesichtspunkte bei den durch sie angebahnten Ehen den Gegenstand der mit ihnen gepflogenen Unterhandlungen bilden, so haben wir andererseits in der modernen Heiratsannonce eine Einrichtung, die jeden Zweifel über alles dies ausschließt, und die jedem Sehenden die Heiligkeit der Ehe und der Familie im bürgerlichen Zeitalter in einer geradezu Entsetzen erregenden Weise und Deutlichkeit kommentiert. Ein einziger Blick in jede beliebige größere Zeitung zeigt, daß die Vernunft- und Geldehe zu einer absolut offiziellen Institution geworden ist, bei der die ideologischen Draperierungen, denen man hin und wieder gleichwohl begegnet, nur mehr einem geistig Blinden als dürftige Verbrämungen eines klaren und reinen Handelsgeschäftes erscheinen können.

Man ist leicht geneigt, in dem Zynismus, mit dem der Waren- und Geldcharakter der Liebe und Ehe heute, und zwar speziell in der Institution des Heiratsinserates in Erscheinung tritt, [illegible] zu sehen. Aber das ist durchaus nicht der Fall, dieser Widerspruch existiert gar nicht. Der Zynismus des Heiratsinserates hat seine Begründung und Möglichkeit einzig in der Anonymität. Niemals würde jemand ein derartiges Inserat mit seinem Namen decken und niemals wird es ein Paar geben, das den Mut hätte, die geschäftstechnischen Präliminarien zuzugestehen, die dem gegenseitigen, persönlichen Näherteten vorangegangen sind. Im Gegenteil: Der Dekor der reinen Neigungsheirat wird sowohl von den beiden Kontrahenten sich selbst gegenüber gewahrt, als auch gegenüber der gesamten Oeffentlichkeit aufs peinlichste aufrechterhalten. Es ist eine ununterbrochene Komödie größten Stils, die in jeder Familie in den Zeiten aufgeführt wird, in denen man daran ist, eine Tochter vorteilhaft an den Mann zu bringen. Und alles ohne Ausnahme schauspielert dabei mit, die ganze Verwandtschaft. In der modernen Romanliteratur ist dieses Komödienspiel, dieses an den Mann zu bringen, dieses Angeln nach einer guten Partie und die Methoden, einen fetten Hecht, der einmal angebissen hat, auch glücklich ins Bett der Tochter zu bringen, sehr häufig zum Gegenstand genommen worden. Ganz gleichartig ist im Grund das Gebaren des Mannes auf der Jagd nach einem Goldfisch. Er wandelt sich in dieser Situation stets alsbald zum Musterknaben, hat eine gefestigte Lebensanschauung, haßt jede Art Illegitimität in Liebessachen, kennt nur eine Sehnsucht: ein schönes ruhiges Familienleben; er ist solide, trinkt nicht, bummelt nicht, sondern denkt nur an Arbeit, Vorwärtskommen usw., je nach den besonderen Umständen.

In diesen Methoden gibt es nur Nüancen; sie werden bestimmt von den verschiedenen Klasseninteressen, aber das Wesen ist bei allen Klassen, wo der Besitz entscheidet, durchaus dasselbe. Die Ehe zum besten Geschäft zu machen, aber dabei nach außen stets die edelsten Grundsätze heucheln.

An dieser Stelle ist noch etwas über die freien Eheverhältnisse unter dem Industrieproletariat zu sagen. Es ist bereits gesagt worden, daß von der allgemeinen Entwicklung zur Vernunftehe im bürgerlichen Zeitalter nur die Arbeiterehen eine Ausnahme machen. Einschränkend ist jedoch gleichzeitig hinzugesetzt worden, daß auch viele Tausende von Arbeiterehen nur deshalb geschlossen werden, weil ein Haushalt zu Zweien billiger ist als zwei Einzelhaushalte. Das wären also ebenfalls nichts anderes als Vernunftehen. Aber diese Schlußfolgerung trifft gleich-

Wie ihr das Weib geknechtet und getreten,
Das faßt kein Wort in kalter, stiller Wut.
Ihr sprecht: sie soll gebären oder beten,
Und sei verachtet, wenn sie And'res tut.
Wenn sie im Rat der Weisen wagt zu sprechen,
Wenn sie, gehöhnt, zuletzt die Ketten bricht,
Und stolz ihr Recht begehrt, so ist's Verbrechen
Und ohne Schonung haltet ihr Gericht.

Alfred Meißner.

wohl nur teilweise und nur scheinbar zu. Es handelt sich bei diesen Eheschlüssen tatsächlich viel häufiger um nichts als die notgedrungene Konzession an den bürgerlichen Rechtsstaat im Interesse der zu erwartenden Kinder, eine Konzession, die man gerade in Arbeiterkreisen um so rascher macht, als die bürgerliche Form der Eheschließungen heute so einfach ist. Mit anderen Worten: Es ist in gewissem Sinne eine mit dem nötigen Verantwortungsgefühl gepaarte freie Liebe, um die es sich bei den Arbeitern handelt. Der angesehene Berliner Sexualforscher A. Blaschko urteilt in seinem wertvollen Buch „Die Prostitution im 19. Jahrhundert" ebenso. Er schreibt sehr richtig:

„Die freie Liebe hat dem Proletariat aller Zeiten nie als eine Sünde gegolten. Wo kein Besitz vorhanden ist, der einem legitimen Erben hinterlassen werden könnte, wo der Zug des Herzens die Menschen zueinander führt, hat man sich seit jeher nicht viel um des Priesters Segen gekümmert; und wäre heute nicht die bürgerliche Form der Eheschließung so einfach, und würden andererseits den unehelichen Müttern und Kindern nicht so viel Schwierigkeiten in den Weg gelegt, wer weiß, ob das moderne Proletariat für sich nicht längst die Ehe abgeschafft hatte."

Trotz alledem wäre es falsch, wollte man damit die Arbeiterehen überhaupt glorifizieren und sie als das erstrebte Ideal bezeichnen. Denn auch die freie Liebe ist auf beiden Seiten vielfach nur der Ausfluß der vorhandenen Geschlechtsnöte. Der Arbeiter und die Arbeiterin, die vom Morgen bis zum Abend in der Fabrik stehen, haben nur in den seltensten Fällen die Möglichkeit, frei zu wählen. Und gerade das ist die unbedingte Voraussetzung für den Aufbau einer idealen Liebesgemeinschaft, weil einzig davon die Möglichkeit abhängt, seine Herzens- und Seelenbedürfnisse dauernd im anderen befriedigt zu sehen. Man wählt in den meisten Fällen auf Grund momentaner erotischer Antriebe, diese sind leider meistens der „Zug des Herzens": Die Geschlechtsnerven irritieren das Herz, aber nicht umgekehrt, und es ist die zufällige Gelegenheit, die entscheidet.

Ist die Geldehe der Besitzenden die groteske Logik des Kapitalismus, so ist die typische Arbeiterehe ebenso sehr seine tragische Logik, und zwar gerade deshalb, weil der Kern der letzteren viel häufiger der edlere ist.

Heimarbeiterinnenelend.

Proletarische Frauen und Mädchen, viele von euch kennen das Elend der Heimarbeiterinnen und doch wollt ihr diese Art Arbeit erhalten und klammert euch daran, als wäre sie euer Glück.

Nun will ich euch das Leben einer Blumenarbeiterin schildern. Vor 18 Jahren starb ihr Mann. Sie und die drei kleinen Kinder waren sehr elend, aber wenn man leben muß, muß man schaffen. Arbeit in einer Fabrik anzunehmen, dazu reichte die Kraft nicht aus, und wem dann die drei elenden Kleinen anvertrauen? Sie holte sich die Arbeit ins Haus, künstliche Blumen. Sobald es einigermaßen ging, mußten die Kinderhände mit zugreifen. Denn selbstverständlich reichte ihre Kraft nicht aus, die drei hungrigen Kindermäulchen zu stopfen. Sie selbst wurde infolge der ungesunden Atmosphäre in ihrer Proletarierwohnung und vor Ueberarbeitung elender, die Kinder blieben in der Entwicklung zurück und die Hoffnung auf bessere Zeiten, wenn die Kinder groß und erwerbsfähig sein würden, mußte schwinden. Das Mädchen war früh herzleidend; als sie aus der Schule kam, blieb auch sie zuhause und half bei der Blumenarbeit. Aber sehr häufig war die Tochter Krankenpflegerin der Mutter oder umgekehrt. Der älteste Sohn war zwar nun in der Lage, etwas zu verdienen. Da kam der Krieg und riß auch diesen aus der Familie; er kam ins Feld, wurde verwundet und starb. Nun war es mit ihr vorbei. Zu dem Herzleiden kam ein schweres Nierenleiden. Die Tochter mußte nun die Arbeit verrichten und dazu die kranke Mutter pflegen. 18 Jahre haben sie so das Dasein gefristet, bis der Tod die Frau erlöste. Nun steht der kaum 19jährige Sohn mit seiner Schwester allein. Sie arbeitet weiter Blumen, und ihr Leben wird verkümmern, wie das ihrer Mutter.

Hunderttausende von Arbeiterfrauen und -mädchen tragen das gleiche Los. Millionen von Frauen und Kindern sind schweigend unter der Last zusammengebrochen, seit der Kapitalismus Menschen ausbeutet.

Wann einmal werden die Geplagtesten von allen, die Heimarbeiterinnen, den Ausweg aus ihrer Not erkennen?

Wann endlich werden sie sich ihren Millionen Schwestern und Brüdern in den Betrieben anschließen zum gemeinsamen Kampf gegen den langsamen Hungertod, zum Kampf für ein menschenwürdiges Dasein?

E. P.

Die Tätigkeit des internationalen Frauensekretariats.

(Aus der „Prawda".)

Das der Kommunistischen Internationale angeschlossene Internationale Frauensekretariat stellt sich zur Aufgabe, die Arbeiterinnen aus ihrer Jahrhunderte alten Passivität herauszureißen, ihnen Selbstvertrauen zu geben, sie zu revolutionärer Aktivität, zum Anschluß an die internationale kommunistische Bewegung zu bewegen.

Das Sekretariat setzt sich gegenwärtig aus den Genossinnen Klara Zetkin und Sturm (Deutschland), Lucie Colliard (Frankreich) und drei der Exekutive der K.I. angeschlossenen Sekretärinnen zusammen, den Genossinnen Lilina, Kasparowa, Kollontay. Die letztere ist gleichzeitig Mitglied der Exekutive der Kommunistischen Internationale.

Die enge Verbindung mit der Roten Gewerkschaftsinternationale ist durch eine der Sekretärinnen gesichert.

Gegenwärtig widmet sich das Internationale Frauensekretariat zwei Kampagnen, die eine zur Unterstützung der Hungernden und in erster Reihe der hungernden Mütter und Kinder in Rußland, die zweite zum Protest gegen die aggressive Politik der bürgerlichen Staaten gegen Sowjetrußland.

Im August hat das Internationale Frauensekretariat durch seine Berliner Vertretung einen Appell zugunsten der Hungernden an die Arbeiterinnen der Welt gerichtet, der in vielen Ländern Gehör fand. Die kommunistische Frauensektion der schwedischen Partei übernahm die Errichtung eines Kinderheimes in dem Hungergebiet. In Deutschland wurden Sammlungen, Kundgebungen usw. veranstaltet.

Abgesehen von den durch die Exekutive für die Hungeraktion geforderten Maßnahmen lenkte das Internationale Frauensekretariat die Aufmerksamkeit der Frauen aller Länder auf die Notwendigkeit, die Kinder vor dem Hungertode zu retten.

Ebenso aus politischen und wirtschaftlichen wie aus rein praktischen Gründen, wandte sich das Internationale Frauensekretariat gegen die Entsendung von Kindern aus den Hungergebieten in das Ausland. Dagegen lud das Sekretariat die kommunistischen Frauensektionen der verschiedenen Länder ein, sich je nach ihren Kräften der Fürsorge für die Kinder einer Provinz oder irgend eines größeren Gebietes oder einiger Flüchtlinge zu widmen. Wenn die französischen oder englischen Arbeiterinnen wissen, daß Leben und Gesundheit so vieler Kinder, die in den betreffenden Gebieten wohnen, von ihrer Tätigkeit abhängt, so werden sie sicherlich ihre Kräfte verdoppeln. Solche Taten werden die internationale Solidarität außerordentlich befruchten. Aber notwendig ist, daß die Auslandssektionen Vertreterinnen nach Rußland entsenden, und daß das Frauensekretariat sich bemüht, zwischen den Unterstützten und dem Ausland eine dauernde enge Verbindung aufrechtzuerhalten.

Eine zweite Maßnahme, die das Internationale Frauensekretariat gegen den Hunger durchführte, ist die internationale Hilfe der Kinder für die Kinder. Die Initiative der Arbeiterkinder muß sich in Solidaritätsaktionen kundtun, die nicht nur in der aufwachsenden Generation das Gefühl der internationalen Brüderlichkeit befestigen werden. Solche einfachen Handlungen, wie, daß Schulkinder Hefte, Bleistifte, Schreibtafeln zugunsten der hungernden Kinder opfern, sind gleichzeitig von materieller, wie von moralischer Bedeutung.

Das Internationale Frauensekretariat organisiert auch kommunistische Sonnabende zugunsten der Hungernden. Solche Sonnabende können der Ausbesserung alter Kleider, der Anfertigung von Kinderkleidern usw. gewidmet werden.

Das Sekretariat beschäftigt sich weiterhin mit der gewerkschaftlichen Erziehung der Frau. Ihr Organ ist die „Arbeiterinnen-Internationale", die in deutscher Sprache seit April in Berlin erscheint.

Ferner wurde eine Genossin nach dem Fernen Osten delegiert. Die erste Frauenkonferenz des Nahen Ostens wird vorbereitet.

Mit Befriedigung kann man feststellen, daß das Internationale Frauensekretariat beträchtliche Fortschritte aufzuweisen hat. Man kann sagen, daß es ihm gelungen ist, sich innerhalb eines Jahres eine feste Grundlage in der proletarischen Frauenwelt zu schaffen, und daß es tatkräftig an dem Werke der Kommunistischen Internationale mitwirkt.

Proletarische Frauen und der Tod.

Man hat in Bayern drei Gruppen von Frauenberufen gefunden, die eine höhere Sterblichkeit als den dreifachen Durchschnitt aufweisen. Das sind die Tagelöhnerinnen, die Mägde und die Ehefrauen! Die proletarische Hausfrauenarbeit ist damit als eine der schwersten und gefährlichsten Arbeiten erkannt, die Frauen überhaupt verrichten. Einmal leistet die Frau durch ihre Mutterschaft der Gesellschaft Arbeit, dann durch die Tätigkeit für die Familie vom frühen Morgen bis zum späten Abend, und dann arbeiten so viele Proletarierfrauen auch außerhalb des Hauses, weil die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse sie dazu zwingen. Die proletarische Ehefrau kennt auch heute noch keinen Achtstundentag! Das ist darum einer der wichtigsten Gründe für die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Sicherstellung des Arbeiters, daß die proletarische Ehefrau nicht mehr wie heute unter dem Leben zu leiden hat, daß sie ihrer Familie möglichst lange in Gesundheit erhalten bleibt.

Arbeiterinnen!

Helft dem hungernden Rußland!

Die nächsten Aufgaben der Kommunistischen Internationale.

Von Karl Radek.

(Fortsetzung).

Die neue Etappe bestand darin, daß seit der Mitte des Jahres 1919 man nicht mehr mit einer internationalen Explosion in absehbarer Zeit, sondern mit einem langsamen neuen Reifen der Weltrevolution zu rechnen hatte. Diese Auffassung vertraten wir seit dem Herbst 1919, seit dem Brief an den Heidelberger Parteitag im September 1919. Die Einsicht, daß die Weltrevolution ein langer Prozeß sein wird, konnte nicht auf einmal zum Gemeingut aller Kommunisten werden, weil die katastrophale Lage in Mitteleuropa, der siegreiche bewaffnete Kampf Sowjet-Rußlands gegen die Entente die allgemeinen Perspektiven, die allgemeine Weltlage sehr oft überschattete. Ereignisse wie der Kapp-Putsch im Frühjahr 1920 und die Siege Sowjet-Rußlands über Polen waren geeignet, die Entwicklung in ein viel schnelleres Tempo zu bringen. Solche Ereignisse sind auch jetzt möglich, weil die ganze Lage Mitteleuropas einen Vulkan darstellt und weil Sowjet-Rußland auf dem Boden der neuen ökonomischen Politik als Machtfaktor erstarken wird. Aber solche Ereignisse würden zwar **das Tempo der Entwicklung beschleunigen, aber den allgemeinen Charakter der jetzigen Etappe nicht aufheben**: sie besteht darin, daß im **Weltmaßstabe** der Sieg des Proletariats ein Resultat sehr **langer Kämpfe** der verschiedensten Art sein wird. Diese Einsicht wurde schließlich zur allgemeinen Auffassung der Kommunistischen Internationale und sie kommt zum Ausdruck in dem Begriff: „Die neue Etappe."

Aus dieser Einsicht ergaben sich eine ganze Reihe taktischer und strategischer Folgerungen. Die erste Folgerung ist: die nächste Aufgabe der Kommunistischen Internationale besteht im Allgemeinen nicht **im Generalsturm**, sondern in der **Bildung der Armee für den Generalsturm, in ihrer Einexerzierung und Durchmanövrierung**, was keinesfalls die Möglichkeit ausschließt, daß in einzelnen Ländern über Nacht es zu generellen Schlachten kommt.

Die erste Aufgabe in der neuen Etappe bestand also darin, Parteien zu bilden, die **bewußt** die kommunistische Agitation, Propaganda treiben, jeden Teilkampf des Proletariats möglichst vertiefen, verallgemeinern, zu einem revolutionären zu gestalten hatten. Dieser Zweck konnte erreicht werden teils durch Abspaltung kleiner kommunistischer Gruppen, die im Prozeß des Kampfes Anhang in den Arbeitermassen gewannen, teils durch die Arbeit innerhalb sozialdemokratischer Parteien, die zu ihrer Eroberung oder Spaltung führen mußte. Die kommunistischen Parteien wurden je nach der Lage in den verschiedenen Ländern auf diesem oder anderem Wege gebildet. Sie hatten zuerst selbst die Hauptgedanken des Kommunismus zu assimilieren, und in den Massen zu popularisieren: die Idee des Bürgerkrieges, die Idee der Diktatur des Proletariats und der Räteregierung. Daraus ergab sich, daß, obwohl die Änderung in der Situation seit Mitte des Jahres 1919 schon den Übergang zu einer konkreten Agitation auf dem Boden der unaufschiebbaren Übergangsforderungen erforderte, die kommunistischen Parteien an diese Aufgaben sehr zaghaft, unsystematisch herangingen. Ein Teil sah in ihnen eine nicht notwendige Verwässerung unserer Agitation. Dazu kam noch die Tatsache, daß jede Verschärfung der Weltlage in den jungen kommunistischen Elementen die Hoffnung auf einen jähen Umschwung, auf einen schnellen Sieg erweckte. Diese Hoffnung nährte **putschistische Tendenzen**. Tendenzen, sich die langwierige Arbeit der Eroberung der Massen zu sparen und zu versuchen, den endgültigen Sieg mit der revolutionären Minderheit zu erkämpfen.

Der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale leistete die Hauptarbeit in der neuen Einstellung der Taktik der kommunistischen Parteien für die neue Etappe und die durch sie gestellten Aufgaben, obwohl das Wesen dieser neuen Etappe noch nicht so klar wie jetzt auftrat. Der 2. Kongreß verpflichtete die Parteien der Kommunistischen Internationale, auf dem Boden der Massenorganisation des Proletariats den Kampf um die Eroberung der Arbeitermassen zu führen. Er verpflichtete sie, zu diesem Zwecke an die nächsten Bedürfnisse des Proletariats anzuknüpfen. Er empfahl ihnen, für nähere Aufgaben alle legalen Mittel zu benutzen, die uns die bürgerliche Demokratie noch überläßt (so z. B. des Parlamentarismus) und zugleich sie zu verstärken durch den Ausbau der illegalen Organisationen. In den berühmten 21 Bedingungen zog er die Grenze zwischen kommunistischen Parteien und denjenigen, die kommunistisch zu sein scheinen wollten, um in Wirklichkeit die Ideen des Kommunismus zu sabotieren. Die Thesen über die Rolle der Partei bildeten die Krönung der Arbeit des 2. Kongresses, die man mit folgenden Sätzen charakterisieren kann: Bildung der kommunistischen Parteien für die weltrevolutionäre Vorbereitungsarbeit, Abgrenzung dieser Parteien von den halbkommunistischen, halbsyndikalistischen Elementen einerseits, und den mittleren halbzentristischen Parteien andererseits, und Bildung so politisch wie organisatorisch disziplinierter und gefestigter Parteien in den breiten Massen des Proletariats auf dem Boden seiner täglichen Bedürfnisse.

Die Arbeit des 2. Kongresses und ihre weiteren Resultate in Deutschland, Italien und Frankreich — die Spaltung in Halle und Tours, die Spaltung in Livorno — bildeten die Vorbedingungen der nächsten Arbeit; sie schufen kommunistische Parteien.

Die kommunistischen Parteien hatten nun die Aufgabe, den Kampf um die Forderung der Regungen des Proletariats zu beginnen. Dieser Kampf kann selbstverständlich nicht darin bestehen, daß sie wie Papageien die Losungen der Diktatur des Proletariats, die Losung der Räteregierung wiederholen, sondern sie haben die Pflicht, teilzunehmen an allen Kämpfen des Proletariats, in diesem Kampf Schritt für Schritt dem Proletariat seine eigenen Erfahrungen zu verdolmetschen und zu vertiefen, seine Kampffront immer mehr zu erweitern und seine Kampfziele zu steigern. Somit wird die Politik der Kommunisten verankert in den praktischen Kämpfen des Proletariats um seine nächsten Forderungen. Daraus ergibt sich schon, daß diese Forderungen sehr oft auch die der andern sich auf das Proletariat stützenden Parteien sein können, von denen wir in den Fragen der Revolution durch einen Abgrund getrennt sind. Das Wesen der sogenannten reformistischen Parteien in der Epoche der sozialen Revolution besteht aber nicht nur darin, daß sie sich Reformen zum Ziele setzen, wo nur der Umsturz des Kapitalismus eine durch die Geschichte gestellte Frage ist. Das Wesen dieser Parteien besteht nicht nur in ihrem reformistischen Utopismus, sondern darin, daß sie selbst ihre Utopie nicht ernst nehmen, daß sie keinesfalls gewillt sind, ernst auch nur um Reformen zu kämpfen. Der Gegensatz zwischen der kommunistischen Partei und der reformistischen besteht also nicht in den Fragen des Kampfziels, in der Frage „Reform oder Revolution" sondern darin, daß die Führer der reformistischen Parteien überhaupt nicht gewillt sind, zu kämpfen. Die äußerliche Annäherung mit diesen Parteien in den praktischen Kämpfen um nächstliegende Ziele wird, soweit es sich um die sozialdemokratischen Führer handelt, keinesfalls zu einer wirklichen Annäherung führen. Anders steht es im allgemeinen mit den sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen. Sie haben noch reformistische Illusionen, sie fürchten den revolutionären Kampf, aber sie sind genötigt, um die Besserung ihrer sich dauernd verschlimmernden Lage zu kämpfen. Und dieser Kampf führt in der Periode des kapitalistischen Zerfalls über den Rahmen des Kampfes um Reformen, er führt zum Kampf um die Macht. Die Arbeitermassen, die diesen Kampf, erfüllt von reformistischen Illusionen, aufnehmen, werden sich in ihm radikalisieren. Natürlich kann es sich auch ergeben, daß unter dem Druck der Situation der sich radikalisierenden Massen auch die Führer der Sozialdemokratie genötigt werden, nach links zu gehen, daß die ehrlicheren von ihnen sich davon überzeugen, daß der Reformismus den Verzicht auf jeden Kampf bedeutet. Der gemeinsame Kampf der sozialdemokratischen und der kommunistischen Parteien um die nächsten Interessen der Arbeiterklasse kann zu Spaltungen in den sozialdemokratischen Parteien, unter gewissen Umständen zu ihrem Uebergang auf den **Boden** des Kommunismus führen.

Es ist auch sehr leicht möglich, daß in den Ländern, wo die sozialdemokratischen Parteien als Massenorganisationen tiefe Wurzeln haben, die kommunistischen Parteien vor dem Ergreifen der Macht durch die Sozialdemokraten überhaupt nicht imstande sein werden, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern, daß erst die Erfahrungen mit den sozialdemokratischen Regierungen die Mehrheit der Arbeiterklasse von der Notwendigkeit der kommunistischen Politik überzeugen werden.

Diese Fragen wurden durch die Entwicklung in Deutschland nach dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale gestellt und die Partei löste sie, indem sie den Kampf um die gemeinsame Front begann. Diese Taktik rollte eine zweite Frage auf, die Frage von den Losungen der **Teilkämpfe**. Es war klar, daß die Teilkämpfe unter Teillosungen entbrannten, unter Losungen, die das kämpfende Proletariat an die bürgerliche Gesellschaft stellt. Was sollten diese Losungen sein? Sollten sie ein Programm von Reformen sein, die wir auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft verwirklichen wollen, oder sollten sie ein Kampfprogramm bilden, das den Kapitalismus zersetzen und die Macht der Arbeiterklasse erhöhen sollte? Die Antwort auf die Frage ist leicht. Wir Kommunisten können nur ein **Programm des Kampfes gegen den Kapitalismus** aufstellen, nicht ein Programm seiner Reform. Unsere Losungen müssen über sich hinaustreiben zu immer weiteren Zielen. Bei ihrer Aufstellung dürfen wir nicht damit rechnen, ob sie vereinbar sind mit den Interessen der besitzenden Klassen, sondern ob sie den Interessen des Proletariats, der Höhe seines Bewußtseins und seines Kampfwillens entsprechen. Objektiv ergibt sich diese Bedeutung unserer Losungen, aus der Krise, die der Weltkapitalismus durchlebt. Selbst die bescheidensten Forderungen, die der Arbeiterklasse menschliche Lebensbedingungen verschaffen sollen, bedrohen die jetzige kapitalistische Gesellschaftsordnung. Der Utopismus des Reformismus besteht eben darin, daß die bescheidensten Reformen nicht zu verwirklichen sind im Rahmen der in Zerfall geratenen kapitalistischen Gesellschaft. Sie kann nur restauriert werden auf den Knochen von Millionen von Arbeitern. Will die Arbeiterklasse leben, so muß der Kapitalismus sterben.

Somit wären die neuen Fragen, die die Entwicklung des Kommunismus auf dem Boden der neuen Etappe stellte, der **Kampf um die Mehrheit in der Arbeiterklasse, nicht absolut auf dem Wege der weiteren Spaltung der sozialdemokratischen Parteien, sondern auch durch Aufrichtung einer gemeinsamen Kampffront mit ihnen, nicht auf dem Wege der Propaganda der letzten Ziele allein, sondern auch auf dem Wege des Kampfes um die nächstliegenden Uebergangsforderungen.**

Für die „Rote Hilfe"

gaben die Konsumvereine:

Meuselwitz 10000 Mark
Essen 5000 Mark
Eßlingen 2000 Mark.

Jeder Konsumverein tue schleunigst ebenfalls seine proletarische Pflicht!

Aber die Entwicklung der **Kommunistischen Partei** wie des Klassenkampfes überhaupt vollzieht sich nicht nach einer ausgedachten Schablone; nicht so, daß sie an neue Aufgaben herantreten, nachdem sie die alten restlos erfüllt haben. Dieselbe Partei, die durch ihre Praxis die neuen taktischen Aufgaben vor der Internationale aufrollte, die Aufgaben der gemeinsamen Front des Proletariats im Kampfe um die Uebergangsforderungen, dieselbe Partei beging im März d. J. eine Reihe von Fehlern, die von Neuem alte taktische Fragen aufrollte. Die Fehler, die die VKPD. in der Märzaktion begangen hat, bestanden erstens darin, daß die Partei — die theoretisch seit dem Herbst des Jahres 1919, seit dem Heidelberger Parteitag, auf dem Boden stand, daß wir uns aber auf einer neuen Etappe befinden, in der die Eroberung der politischen Macht keine unmittelbare, schon reife Aufgabe ist — einen ihr aufgezwungenen Teilkampf mit Mitteln des Endkampfes führte; sie griff zum **bewaffneten Aufstand**, wo die Situation im besten Falle den **Massenstreik** zuließ. Dieser Fehler war historisch begründet. Die von der USPD. abgetrennten Arbeitermassen wollten sich selbst beweisen, daß sie kommunistisch seien. Sie drängten zu einer Aktion. Während die Mitgliedschaften des Spartakus-Bundes im Kampfe mit der KAPD. die Illusionen überwunden hatten, als könne in Deutschland eine Minderheit die Macht erobern, hatten die Massen der linken USPD.-Arbeiter die Schule dieser inneren Kämpfe nicht hinter sich. Sie konnten sich von den putschistischen Ideen erst auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen befreien. Nachdem die KPD. als geringe Minderheit in den bewaffneten Kampf eingetreten war, suchten ihre heißesten Elemente der unvermeidlichen Niederlage aus dem Wege zu gehen durch eine Anzahl von Akten terroristischer Art, die die Arbeitermassen von der Partei abstoßen mußten. Alle diese Fehler in der Einschätzung der Situation, in der Einschätzung der Grenzen der Aktionsfreiheit einer Minderheit wurde zu einer Theorie der Offensive ausgebaut, die als Grundlage die allgemeine aufsteigende Linie der Revolution hatte und die Idee von der ausschlaggebenden Rolle der revolutionären Minderheit, die durch ihr Beispiel die Mehrheit in den Kampf hineinzieht und sie zum Siege führt. Durch diese Fehler war der beschleunigt einberufene 3. Kongreß der Kommunistischen Internationale vor die Aufgabe gestellt, in erster Linie mit den gemachten Fehlern abzurechnen und allen kommunistischen Parteien einzuschärfen, daß ihre nächste Aufgabe in dem Kampf um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse besteht. Der Kongreß unterzog die Bedingungen, unter denen dieser Kampf vor sich gehen wird, einer Untersuchung, indem er sagte:

„Angesichts dessen, daß in Westeuropa und Amerika, wo die Arbeitermassen in Gewerkschaften und politischen Parteien organisiert sind, wo also bis auf weiteres auf spontane Bewegungen nur in sehr seltenen Fällen zu rechnen ist, haben die kommunistischen Parteien die Pflicht, zu versuchen, durch die Aufbietung ihres Einflusses in den Gewerkschaften durch die Erhöhung des Druckes auf andere sich auf die Arbeitermassen stützende Parteien, die gemeinsame Entfachung des Kampfes um die nächstliegenden Interessen des Proletariats anzustreben, wobei, falls die nichtkommunistischen Parteien in diesen Kampf hineingezwungen werden, die Aufgabe der Kommunisten darin besteht, die Arbeitermassen von vornherein auf die Möglichkeit des Verrates seitens der nichtkommunistischen Parteien in einem nachfolgenden Stadium des Kampfes vorzubereiten, die Situation möglichst zu verschärfen und weiterzutreiben, um befähigt zu sein, den Kampf eventuell selbständig weiterzuführen (vgl. den Offenen Brief der VKPD., der als Ausgangspunkt für Aktionen vorbildlich sein kann.) Genügt der Druck der kommunistischen Partei in den Gewerkschaften, in der Presse nicht, um das Proletariat zu einheitlicher Front in den Kampf hineinzuführen, so ist es die Pflicht der kommunistischen Partei, zu versuchen, selbständig große Teile der Arbeitermassen in den Kampf zu führen."

Er nahm auch Stellung zu der Bedeutung der Übergangsforderungen, die er prinzipiell vollkommen richtig charakterisierte. Da aber die Aufmerksamkeit des Kongresses in erster Linie auf die Fehler und Lehren der Märzaktion gerichtet war, so kam der Kongreß weder zu konkreten internationalen Entschlüssen über internationale Aktionen, die auf dem Boden der Taktik des „Offenen Briefes" fußen, noch zum Versuch einer detaillierten Behandlung unserer Uebergangsforderungen. Somit konnte man die Fragen dieser Uebergangsforderungen, wie sie z. B. bei der Behandlung der Steuerfragen durch die KPD. auftauchten, als neue Fragen halten, wie die Frage unserer eventuellen gemeinsamen Aktionen mit der Amsterdamer Internationale, der 2. und 2½. Internationale, die manchen Genossen jetzt als eine neue Frage erscheint. In Wirklichkeit handelt es sich nur um konkrete Schlußfolgerungen aus den Thesen des 3. Kongresses.

IV.

Die neue Etappe, in der sich die kommunistische Entwicklung befindet, dauert schon seit der Mitte des Jahres 1919 an. Die Aufgabe, vor die uns die neue Etappe stellt, wurde Schritt für Schritt gelöst in der Form, in der wir vor sie praktisch gestellt wurden, d. h. abhängig von konkreten sehr oft widerspruchsvollen und chaotisch auftauchenden Ereignissen. Diese neuen Aufgaben sind nicht nur kein Gegensatz zum alten, kein Gegensatz zum Kampf um die Diktatur des Proletariats und die Räteregierung, sondern sie stellen den Weg dar, auf dem allein wir zu diesem Ziele in der konkreten Situation schreiten können, wie sie sich nach der Beendigung der Demobilmachungskrise entwickelt.

Dieser Weg ist in vielem anders, als wir ihn uns auf Grund der Erfahrungen der russischen Revolution dachten. Die russische Revolution brach aus während des Krieges, der alle Gegensätze in kürzester Zeit auf die Spitze trieb, die Entwicklung von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution auf die Zeit vom März bis zum November zusammendrängte. Die Schwäche der russischen Bourgeoisie bedingte die Schwäche des Reformismus, der nur in Ländern alter bürgerlicher demokratischer Entwicklung tief in den Massen der Arbeiterklasse verankert war. Ebenso schnell, wie wir die russische Bourgeoisie überwinden konnten, gelang es uns auch, den russischen Reformismus, den Menschewismus, niederzuringen. Der Weg der europäischen Revolution und noch mehr der Weltrevolution ist viel länger, der Sieg über die Bourgeoisie schwieriger und damit auch der Sieg über die reformistische Ideologie und reformistischen Organisationen des Proletariats. Der Kampf erforderte darum Methoden, wie sie von der russischen Revolution nicht angewendet worden sind. Prinzipiell wurde das schon sehr früh von uns erkannt. (Siehe meine im November 1919 erschienene Broschüre: „Die Entwicklung der deutschen Revolution und die Aufgaben der Kommunistischen Partei", oder die Broschüre Lenins über „Die Kinderkrankheiten des Kommunismus", die im Frühjahr 1920 erschien). Praktisch aber können die neuen Methoden des Kampfes nicht theoretisch erfunden werden. Sie ergeben sich aus der konkreten Situation in den einzelnen Ländern, woraus sie erst dann von der Kommunistischen Internationale bewußt durchdacht und verallgemeinert werden können. Die Theoretiker der 2½. Internationale einerseits, konfuse linke Kommunisten andererseits, sehen in diesen neuen Methoden eine opportunistische Ausartung der Kommunistischen Internationale. Wir wollen den Helden der 2½. Internationale ihre Illusionen gern überlassen. „Wer Sorgen hat, hat auch Likör." Wir werden sehr zufrieden sein, wenn aus dieser Einschätzung von der Wandlung der Kommunistischen Internationale heraus die Herren Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer Arm in Arm mit uns um die nächsten Ziele des Proletariats zu kämpfen sich entschließen. Die Praxis wird zeigen, daß diese neue Etappe zu einer nächsten führen wird, zum Kampf des internationalen Proletariats um die Macht, zum Kampf, der immer mehr notwendig wird, wenn das Proletariat nicht vollkommen versklavt werden soll. Die jetzige Etappe ist die Etappe der Vorbereitung der großen kommenden Kämpfe.

Gewerkschafts-Bewegung.

Der Arbeiter-Aufsichtsrat.

Gesetzentwurf zum BRG.

Zwei Jahre sind vergangen, seitdem gegen den Willen eines großen Teiles der Arbeiterschaft das Betriebsrätegesetz geschaffen wurde. Damals versuchte man, den Widerstand der Arbeiterschaft zu überwinden mit dem Versprechen, daß in allernächster Zeit das Gesetz erweitert werde durch eine Bestimmung, nach der Betriebsratsmitglieder auch in den Aufsichtsrat der Aktiengesellschaften delegiert werden können. Das Reichsarbeitsministerium hat nunmehr dem Reichstag einen Gesetzentwurf zugehen lassen, der in elf Paragraphen die Bestimmungen über die Entsendung der Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsrat enthält.

Paragraph 1 umschreibt den Begriff Aufsichtsrat. Ein solcher kommt in der Regel nur bei Aktiengesellschaften in Betracht. §§ 2 und 3 unterstellt die in den Aufsichtsrat entsandten Betriebsratsmitglieder denselben gesetzlichen Bestimmungen, welche für die übrigen Aufsichtsratsmitglieder gelten. § 4 lautet: „Zwei Betriebsratsmitglieder sind zu entsenden, wenn nach dem zur Zeit der Anberaumung der Wahl geltenden Gesellschaftsvertrag mehr als drei Aufsichtsratsmitglieder gewählt werden können, oder beide Arbeitnehmergruppen (Arbeiter und Angestellte) im Wahlkörper (§ 5) vertreten sind, in allen übrigen Fällen ist eines zu entsenden. Für jedes in den Aufsichtsrat zu entsendende Mitglied sollen zwei Ersatzmitglieder gewählt werden."

Wahlberechtigt sind sämtliche Betriebsratsmitglieder. Wo in einem Unternehmen mehrere Betriebe vorhanden sind, erfolgt die Wahl gemeinsam. Wählbar ist nur, wer ein volles Jahr in dem gleichen Unternehmen tätig ist und in den letzten beiden nicht als Betriebsmitglied abgesetzt wurde. Soweit vier Fünftel der zu Wählenden noch kein Jahr im Betrieb sind, fällt diese Bestimmung weg. Die Wahl ist nach § 6 geheim und erfolgt durch Stimmenmehrheit im Wahlkörper. Sind zwei Mitglieder zu wählen, dann steht der Minderheitsgruppe, ob Angestellte oder Arbeiter, die Entsendung eines ihrer Vertreter zu. In diesem Falle erfolgt die Abstimmung getrennt.

Das sind die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzentwurfs. Ganz fehlt vor allem eine Bestimmung, wonach Arbeiter in Unternehmen, wo kein Aufsichtsrat vorhanden ist, berechtigt würden, an der Leitung des Betriebes teilzunehmen. Der Entwurf zeigt, daß die von der kapitalistischen Regierung geschaffenen „Arbeiterrechte" weiter nichts darstellen als eine Dekoration mit dem Zweck, durch ein Scheinrecht die Arbeiter zu täuschen. Das von der Arbeiterschaft immer wieder gestellte Verlangen des Mitbestimmungsrechtes im Betrieb, die Kontrolle der Produktion, wird auch durch den Gesetzentwurf selbst wenn dieser die Zustimmung des Reichstages finden würde, nicht berührt. Die Arbeitervertreter im Aufsichtsrat werden immer eine verschwindende Minderheit bilden, und bei der Gerissenheit der Unternehmer ist im voraus anzunehmen, daß sie die wichtigsten Beschlüsse schon vor der offiziellen Aufsichtsratssitzung gefaßt haben. Wie bei der Schaffung des Betriebsrätegesetzes wird auch hier der Zweck verfolgt, mit Scheinkonzessionen die Arbeiterschaft von ihren eigenen Forderungen abzulenken. Es bestätigt sich aufs neue, daß die Arbeiterschaft in der Erkämpfung ihrer Rechte sich nicht auf das Parlament, sondern nur auf ihre eigene Kraft verlassen darf. Die Beratungen über diesen Gesetzentwurf im Reichstag müssen von der Arbeiterschaft ausgenutzt werden, um durch geeignete Maßnahmen den Herrschenden zu zeigen, daß sich das Proletariat nicht mit Scheinkonzessionen abspeisen läßt. Die Gewerkschaftsführer, die auf dem Leipziger Betriebsrätekongreß so starke Worte gesprochen haben, haben jetzt Gelegenheit, durch die Tat zu zeigen, wie weit es ihnen damit ernst ist.